# Lübecker Volksbote

**Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.**

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 175. Freitag, den 29. Juli 1921. 28. Jahrgang.


# Der Entwurf des neuen S.P.D.-Programms.

Von Jules Leber.

II.

## Der vorgeschlagene Entwurf.

Meine gestrigen Ausführungen an dieser Stelle kamen zu dem Ergebnis, daß eine Revision des Erfurter Programms wohl berechtigt und auch nötig ist, daß aber zu einer wesentlichen **Aenderung in den Grundlagen**, zu einer **Abkehr von dem marxistischen Unterbau** und von der auf **Klassenkampf** eingestellten Stimmung nicht der geringste Anlaß vorliegt.

Der vorgeschlagene Entwurf, der auf dem Görlitzer Parteitag beraten werden soll, wird dieser Tatsache nicht gerecht. Kaum mehr als die in zwei Teilen aufgebaute äußere Form verbindet ihn mit dem Erfurter Programm.

Ebenso wie dieser zerfällt er in einen gewissermaßen prinzipiellen Teil, der die sozialistische Weltanschauung begründen und Richtlinien für die Verwirklichung der sozialistischen Ideale geben will, und in einen praktischen Teil, der in zwangloser Reihenfolge die einzelnen Forderungen der sozialdemokratischen Partei für die absehbare Zukunft aufzählt.

Der prinzipielle Teil, der ein knappes Sechstel des ganzen Entwurfes ausmacht, vernachlässigt in wenig glücklicher Weise den marxistischen Grundgedanken, der im Erfurter Programm die Hauptstütze des ganzen Gerüstes bildet: die Idee des proletarischen Klassenkampfes. Infolgedessen ist er weder imstande, die für unsere Theorie so ausschlaggebende besondere Charakterisierung der kapitalistischen Wirtschaftsweise herauszuarbeiten, noch kann er die ökonomischen und politischen Aufgaben des Proletariats in der Entwicklung und Ueberwindung des Kapitalismus zur Darstellung bringen. Statt dessen gibt er in wenig straffer Form eine Anzahl Leitsätze, die zur Not eine halbsozialistische Kompromißpolitik rechtfertigen können; nicht mehr aber als ein unzweideutiges Bekenntnis zu den alten sozialistischen Zielen, wie sie Marx vorgezeichnet und Bebel verkündigt hat, gewertet werden können.

Der erste Satz beginnt mit der Feststellung, daß die sozialdemokratische Partei „die Partei des arbeitenden Volkes" ist, und daß sie die „Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft" erstrebt. Die kapitalistische Gesellschaft, so fährt der zweite Absatz fort, habe sich als unfähig erwiesen, den „Kopf- und Handarbeitern die Befriedigung ihrer materiellen und geistigen Lebensansprüche zu sichern". Einer kleinen Minderheit im Ueberfluß lebender Kapitalisten stehe die große Masse der mit Not und Elend kämpfenden Proletarier gegenüber.

Man wird mir zugeben, daß diese beiden ersten und auch entscheidenden Absätze des Entwurfs ebenso gut von einem Vertreter des vorwissenschaftlichen Sozialismus geschrieben sein könnten, als von ausgesprochenen Marxisten. Aber es kommt noch besser. Nach kurzer Ausführung der verheerenden Wirkungen des Weltkrieges und des Versailler Vertrages folgen die Sätze: „Zugleich wuchs eine neue Bourgeoisie aus Kriegslieferanten, Lebensmittelspekulanten und Geldwucherern empor. Diesem Aufstieg sozial wertloser, ja gesellschaftsschädigender Elemente steht gegenüber die Hinunterdrückung zahlreicher geistiger Arbeiter, weiter Schichten der Beamten, Gelehrten und Künstler, der Ingenieure und Kaufleute, der Kleinrentner und anderer früher selbständiger wirtschaftlicher Existenzen in proletarische Lebensbedingungen."

Fast kann man eine geheime Verbeugung vor der alten Bourgeoisie mit den Händen greifen, und das deutliche Liebeswerben um die weiten Schichten der Beamten, Gelehrten, Ingenieure und Kaufleute wird hellem Ohr nicht sehr angenehm klingen; alles das gehört nicht in die prinzipielle Grundlegung einer proletarischen Partei. Ganz unmöglich aber ist die besondere Nennung der Kleinrentner. Als frühere Nutznießer des Kapitalismus sind sie durch die Geldentwertung etwas um den Genuß ihrer Vorrechte gebracht worden. Bisher dachte ich immer, wir bekämpften alle kapitalistischen Besitzvorrechte; und nun dieses Bedauern.

Dieses ganze Werben um Existenzen mit scheinbürgerlicher Lebensführung ist vom Uebel. Gewiß, das handarbeitende Proletariat darf sich nicht absondern von den kaufmännischen und technischen Angestellten, auch nicht von den Beamten, Lehrern oder Kleinbauern. Darunter darf aber niemals das Kampfmittel der proletarischen Klassenbewegung leiden. Die Einheitsfront zwischen Hand- und Kopfarbeitern kann nur so zustande kommen, daß auch die Kopfarbeiter erkennen, daß sie nichts anderes als Proletarier sind, und daß ihr Platz im Kampfe um die Freiheit nur Seite an Seite mit den handarbeitenden Massen sein kann. Solange sie das nicht erkannt haben, ist ihre Bundesgenossenschaft für uns ohne Wert; und jedes Liebeswerben und alle Zugeständnisse an sie sind zwecklos.

Würde aber diesen unentschlossenen Zwischenschichten zuliebe das entschlossene Bekenntnis zum Klassenkampf durch schwächliche Kompromisse, die man noch dazu zwischen den Zeilen lesen muß, ersetzt, so wäre das nicht nur sinnlos, sondern direkt verhängnisvoll. Was würden unsere alten, streng marxistisch geschulten Stammtruppen dazu sagen? Warum soll ein Programm, diese markanteste und agitatorisch wichtigste Kundgebung einer Partei, nicht aussprechen, was ist? Weshalb nicht markig und klar ausdrücken, daß das Proletariat im Kapitalismus die hauptleidtragende Klasse ist, und daß es deshalb die Aufgabe hat, als Klasse den Angriff gegen die kapitalistische Ausbeutung zu organisieren und daß alle, die diesen Angriff unterstützen wollen und können, an seine Seite zu treten haben?

Schon vor längerer Zeit ist Ed. Bernstein der hier und dort gehörten Auffassung entgegentreten, daß die proletarische Klassenkampfidee deswegen sich überlebt habe, weil ein großer Teil der sogenannten „Gebildeten" ebenfalls für eine Aenderung der gegenwärtigen Wirtschaftsweise eintrete. Er kam ebenso wie diese Ausführungen zu dem Ergebnis, daß nur die Arbeiterklasse die Macht und den nötigen Willen habe, die Umwälzung zu vollbringen, und daß alle anderen in Betracht kommenden Schichten nur die Rolle von Helfern spielen können. Er entwarf deshalb als Einführung in das neue Programm die folgenden Sätze:

„Von allen dem Kapital gegenüberstehenden Klassen der Gesellschaft ist die Arbeiterklasse allein eine umwälzende Macht im Sinn des gesellschaftlichen Fortschritts. Die andern antikapitalistischen Klassen oder Schichten sind entweder direkt reaktionär, wollen das Rad der Geschichte aufhalten oder zurückdrehen, oder sie bewegen sich, weil sie selbst Zwischenbildungen sind, in Widersprüchen und Halbheiten. Einzig die Arbeiter haben als Klasse dem Kapitalismus gegenüber Fortschrittsinteressen zu vertreten. Als Klasse haben die Arbeiter das größte Interesse an der Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums durch Vervollkommnung der Technik und Einspannung der Naturkräfte in den Dienst der Produktion; als Klasse haben sie das größte Interesse an der Beseitigung der parasitären Unternehmungsformen und an der Expropriation der parasitären Gesellschaftselemente."

Daß diese Fassung etwas sehr „geistig" gewesen wäre, etwas verzwickt und mit Fremdwörtern gesegnet, das ist zuzugeben. Aber im Inhalt hätte sie klar die Linie für den Aufstieg der Arbeiterschaft herausgearbeitet, und in der Form wäre manche Abänderung möglich gewesen. Jedenfalls wäre sie ein unzweideutiges und wissenschaftlich einwandfreies Bekenntnis zum Klassenkampf gewesen. Sie wäre eine höhere Stufe marxistischer Erkenntnis geworden, vorgetrieben durch Erfahrung und Entwicklung in 50 Jahren und durch wirtschaftiche Veränderungen einschneidender Art.

Was ist dagegen der Entwurf? Ein Rückfall in utopistische Gedankengänge, die ein St. Simon schon vor hundert Jahren in ihrem ideellen Gehalt hätte haben können. In der „Chemnitzer Volksstimme" nennt Heinrich Ströbel den Sozialismus des Programmentwurfs „philantropischer Allerweltssozialismus". Ich möchte dieses Urteil dahin erweitern, daß er die Folge jener merkwürdigen Politik der letzten Jahre ist, einige Kreise des zurückgegangenen Bürgertums durch eine gewisse Verhüllung unseres alten revolutionären Geistes zu gewinnen. Daher auch die seltsame Nennung der Kleinrentner usw. Wer könnte verkennen, daß das alles verlorene Liebesmüh ist? Entweder denken diese Kreise proletarisch, dann sind sie bei uns; oder sie tun es nicht, dann werden sie nie zu uns kommen. Und an einem Bäckerdutzend Stimmen braucht uns doch wahrlich nichts zu liegen.

So ist das Urteil über den prinzipiellen Teil des Programmentwurfs vernichtend. Und mit diesem grundsätzlichen Teil steht und fällt auch der praktische Teil mit den einzelnen Forderungen. Schon im einleitenden Teil hätte etwss behandelt werden müssen, was das Ziel jeden Sozialismus ist: die Sozialisierung. Sehr stiefmütterlich wurde sie hier nebenbei abgetan. Aber auch im praktischen Teil wird sie mit zwei oder drei Sätzen behandelt. Für die Sozialisierung findet der Entwurf etwa ein Zehntel der Wörter, die er für die Darlegung seines Programmes für die Rechtspflege braucht.

Aber das kommt schließlich alles erst in zweiter Linie. Ausschlaggebend ist der prinzipielle Teil; er muß von Grund auf geändert werden. Der zweite, praktische Teil, wie er vorliegt, ist vorläufig nichts anderes als eine unausgeglichene Stoffsammlung, und zwar, glaube ich, eine brauchbare. Auf seine einzelnen Teile hier einzugehen, ist deswegen zwecklos, weil große Aenderungen zu erwarten und auch nötig sind.

# Die französisch-englische Spannung.

### Verschiebung der Konferenz,

London, 28. Juli.

**Der französische Botschafter in London hat gestern bei Lord Curzon einen neuen Schritt unternommen, gemäß den Instruktionen, die er Dienstag erhalten hat. Er wiederholte Lord Curzon die Argumente, die in der früheren französischen Note enthalten waren, um die Entsendung einer Divisoin zu begründen. Er erklärte, daß die französische Regierung den Zusammentritt des Obersten Rates für unmöglich halte, solange die Verstärkungen nicht abgegangen seien. Lord Curzon hat von den Erklärungen Kenntnis genommen. — Es ist noch nicht bekannt, ob die englische Regierung auf diesen Schritt mit einer Note oder lediglich durch die Rede Lloyd Georges antworten wird. In diplomatischen Kreisen hält man eine Einigung immer noch für möglich. — Das englische Kabinett wird heute morgen eine Sitzung abhalten, um sich mit der Rede Lloyd Georges und dem letzten französischen Schritt zu befassen.**

### Enttäuschung in London.

Paris, 28. Juli. Der Londoner Korrespondent des „New York Herald" teilt mit, daß der neue Vorbehalt Briands in London allgemeine Enttäuschung verursachte. Lloyd George, der schon entschlossen gewesen sei, nicht nach Paris zu gehen, werde möglicherweise jetzt seinen Sinn ändern und der Tagung des Obersten Rates beiwohnen, obgleich offiziell angekündigt wurde, daß Lord Curzon und Balfour England vertreten würden. Der englische Premierminister werde sich wahrscheinlich erst in dem letzten Augenblick endgültig entschließen, weil er nicht wünsche, daß die Pariser Konferenz in irgend einer Weise mit der irischen Frage kollidiere.

### Eine neue englische Note.

London, 29. Juli.

**Spätnachmittag fand hier eine zweite Kabinettssitzung statt. Ihr Ergebnis ist eine neue Note an Frankreich. Der Wortlaut wird erst veröffentlicht, wenn sie in den Händen Briands ist. Wie der Vertreter der „Frankf. Ztg." erfährt, ist London im Prinzip festgeblieben. Die grundsätzliche englische Auffassung geht dahin, daß der Zeitpunkt über weitere Truppensendungen nur von den Alliierten gemeinsam bestimmt werden könne. Die englische Regierung bezweifelt die Notwendigkeit einer sofortigen Verstärkung, ist jedoch bereit, zuzustimmen, wenn Paris diese Notwendigkeit zweifelsfrei nachweist.**

### Die erste Sitzung der Sachverständigen.

Paris, 29. Juli.

Die Konferenz der Sachverständigen, die von den verschiedenen alliierten Mächten mit der Prüfung der Festsetzung der oberschlesischen Grenze beauftragt worden ist, hat nachmittags ihre erste Sitzung im Ministerium des Aeußern abgehalten. Nachdem sie ihren allgemeinen Arbeitsplan festgesetzt hatte, begann sie sofort mit den Arbeiten. Zum Präsidenten wurde Laroche gewählt.

# Polizei und Reichswehr.

Ueber die Vorgänge in Stettin, die schon gestern von uns mitgeteilt wurden, berichtet der „Vorwärts" folgende ergänzende Einzelheiten:

Die Pioniere nahmen schon seit Tagen ein überaus provozierendes Verhalten den Polizeibeamten gegenüber ein, reizten sie durch Schimpfworte und die Aufforderung an den Janhagel, den Anordnungen der Beamten nicht Folge zu leisten. Bei einem Wortwechsel zwischen einem Pionier und einer Zivilperson kam es dann im Interesse der Regelung des Verkehrs zu polizeilichem Einschreiten. Dies erstreckte sich zunächst lediglich auf die Personalienfeststellung. Es liegen zuverlässige Nachrichten vor, daß der Zusammenstoß am 26. planmäßig von den Offizieren vorbereitet war.

Der Grund für das Verhalten der Reichswehrtruppen ist noch nicht völlig geklärt; man nimmt jedoch an, daß er in der bevorstehenden Auflösung der Militärgerichtsbarkeit zu finden ist, wodurch die Reichswehrtruppen der Zivilgewalt und damit der Polizei als Vollstreckungsorgan überwiesen würden. Dies paßte offenbar den meist jugendlichen Angehörigen des Reichswehr-Pionierbataillons nicht, und so suchten sie durch Gewalt diese Maßnahme zu vereiteln.

Nach dieser Darstellung erscheint es um so angebrachter, daß das Reichswehrministerium eine eingehende Untersuchung zwecks Aufklärung der Angelegenheit und Bestrafung der Schuldigen einleitet.

# Oberschlesien und die Reaktion.

Von unserem Oppelner Korrespondenten.

Oppeln, 27. Juli.

In einem früheren Artikel waren die sozialen Folgen gestreift worden, die ein Verlust des oberschlesischen Industriereviers für das Reich nach sich ziehen würde, wie Schließung von Fabriken aus Kohlenmangel, Einströmen von Massen qualifizierter Arbeiter und dergl. Aber nicht nur mit der sozialen Struktur, sondern auch mit dem Gefüge der inneren Politik ist die Frage unlöslich verbunden. Die wichtigste Folge auf diesem Gebiete wäre sicherlich ein schwerer reaktionärer Rückschlag.

Einen ersten Hinweis geben die Verlautbarungen, daß das Erfüllungskabinett nach einer ungerechten Entscheidung sich nicht würde halten können. Die gerechte Empörung über die Ungerechtigkeiten der Franzosen kann sich gegen diese nicht entladen; der Prügelknabe wäre also sicher der Regierungsblock. Man hat ja an den letzten Reichstagswahlen die bittere Erfahrung gemacht, daß breite Wählermassen für eine Politik der Vernunft noch nicht reif sind, sondern eine Politik des Gefühls treiben, daß sie die republikanischen Konkursverwalter verantwortlich machen für die hinterlassenen Schulden der Monarchie und für die Unbarmherzigkeit der Gläubiger. Ein Blick in die Presse der Rechten zeigt, daß diese auch jetzt wieder ihren Vorteil in dieser Hinsicht ausnutzt. Sie legt einfach Berlin zur Last, was Paris anrichtet. Jeder Verantwortung ledig, glaubt sie frei das herausreden zu dürfen, was auch viele von uns auf dem Herzen haben. Der politische Philister aber nennt dieses zweckwidrige Drauflosschimpfen „Mut", er läßt sich dadurch imponieren und freut sich darüber. Wenn man sich gegen Prügel nicht wehren kann durch kräftige Gegenschläge, so erleichtern einem das Gemüt wenigstens einige kräftige Schlagworte. Die großen Scharen der Unpolitischen sind sich heute schon mit der Rechten einig, und deren frisch-fröhliche Schimpfkanonaden gegen die Pariser Politik finden schon zu viel begeisterten Widerhall. Große Worte kosten ja nichts.

Doch, sie kosten die Allgemeinheit umsomehr! Der Widerhall jener gefühlsmäßigen Nationalisten ist der einzige Faktor, den die französischen Nationalisten mit einiger Berechtigung der Welt als Entschuldigung vorweisen können. Wenn die französische Hetzpresse mit ihren Verdrehungen des Abstimmungsergebnisses, mit der Umdeutung der gesamten Rechtslage nicht mehr weiter weiß, wenn ihr die eigenen Bundesgenossen nicht mehr glauben, dann rückt sie an mit ihrem schweren Geschütz: Mit der Wiedergabe jener deutschen Schimpfkanonaden! Dann schlachtet sie die deutsche Empörung aus, malt den Revanchekrieg aus, für den das Industriegebiet die Rüstkammer abgeben solle. Nun, wir können nur immer wieder betonen, daß weder Oberschlesien noch der Berliner Regierungsblock die Hüttenindustrie zu solchem Zweck brauchen wollen und daß Oberschlesien sich nicht einmal für die Lotterwirtschaft Le Ronds rächen könnte, selbst wenn es das wollte. Aber unsere Versicherungen verhallen unter dem Getobe der Chauvinisten.

So arbeiten, ganz wie im Krieg, die Hetzer hüben und drüben für einander. Die deutschen Schreihälse liefern den Vorwand zu einer Vergewaltigung Oberschlesiens; und sollte den französischen dies glücken, so hätten im Reich den Vorteil davon die Reaktionäre, d. h. eben jene Schreihälse.

Im Revier hat die Bevölkerung für die preußische Reaktion alten Stils niemals etwas übrig gehabt. Diese trägt ja mit die Hauptschuld an den Erfolgen der polnischen Agitation in Oberschlesien in den letzten eineinhalb Jahrzehnten. Ohne Ostmarkenpolitik kein Korfanty. — Dies Wort ist ebenso wahr wie das andere: Ohne die Pickelhaube kein Wetterle. Um so trauriger, daß gerade Oberschlesien der Spielball der Reaktionäre geworden ist.

Das ganze Gebiet ist sich einig darin, im Falle des Verbleibens beim Reiche alle Reste des alten, hier doppelt verhaßten preußischen Regimes auszumerzen. Daß man die Hand bieten würde zur Förderung reaktionärer Revanchepläne, dies kann kein Kenner der Verhältnisse mit gutem Gewissen behaupten.

Wenn es den Franzosen nur einigermaßen ernst ist um eine freiwillige Verständigung mit Deutschland, wenn sie nur einigen Wert legen auf das Fortbestehen des deutschen Freistaates, dann dürften sie uns das bißchen Recht nicht rauben, das Versailles uns übrig gelassen hat. Wenn Deutschland nicht andere Erfahrungen mit den Franzosen macht als nur immer die Ausschreitungen rücksichtslosen Machtstrebens, dann werden die deutschen Vertreter des Rechtsstandpunktes immermehr an Einfluß verlieren, dann muß schließlich die Reaktion des Machtgedankens, der Gewaltmenschen auch in Deutschland unaufhaltbar sein. Die Vergewaltigung Oberschlesiens arbeitet für den innerpolitischen Umsturz in Deutschland, für den Sieg der Reaktion. Es scheint wirklich, den Herren Briand, Le Rond, Loucheur wird nicht eher wohl sein, bevor sie nicht die Helfferich, Lüttwitz, Stinnes zu Gegenkontrahenten bekommen. Es ist ein munteres Spiel mit dem Feuer. Den Brandschaden aber tragen die Unschuldigen, die Oberschlesier und die deutschen Republikaner.

# Wirth oder Briand.

London, 27. Juli.

Der „Philadelphia Public Ledger" veröffentlicht einen Aufsatz des gegenwärtig in London weilenden Obersten House, in welchem es heißt:

Ein Erfolg der Deutschen in der oberschlesischen Frage werde wahrscheinlich den Sturz der Regierung Briand und ein Erfolg der Polen den Sturz des Kabinetts Wirth verursachen. Unglücklicherweise müßten beide Regierungen am Ruder bleiben, wenn Mitteleuropa eine Chance haben soll, einige Stabilität zu erlangen. Briand würde bei seinem Abgang wahrscheinlich durch einen Vertreter einer noch aggressiveren Politik ersetzt werden. Dann eröffne sich die Aussicht auf eine Besetzung des Ruhrgebietes usw. Eine solche Politik würde von den Deutschen mit dem Entschluß aufgenommen werden, nichts weiter für die Lösung des Reparationsproblems zu tun. Die Folge wäre für Deutschland größte soziale, industrielle und finanzielle Unordnung und für Frankreich und England eine Verschärfung der zwischen beiden Ländern bestehenden Differenzen.

House führte weiter aus: Großbritannien werde die Verbindung mit Frankreich nur zerschneiden, wenn letzteres eine extreme Haltung einnehme. Frankreich könne im Augenblick mit Hilfe seines Heeres den Kontinent beherrschen. Dies würde aber Frankreich isolieren und die moderne Zeit gestatte es keiner Nation, eine solche Haltung einzunehmen. Großbritannien habe ebenso wie Deutschland eine Bevölkerung, die nur bei voller Tätigkeit der Industrie und des Handels Unterhalt finden könne. Großbritannien leide infolgedessen weit mehr als Frankreich unter den gegenwärtigen unsicheren Verhältnissen.

# Austritt der Polen aus der 2. Internationale.

O. E. Warschau, 27. Juli.

Auf dem Lodzer Parteitag der polnischen Sozialistischen Partei konzentrierte sich die Auseinandersetzung auf die Frage der weiteren Taktik der P. P. S. Den Standpunkt der Mehrheit des Parteiausschusses vertrat der Hauptreferent Perl, indem es das bisherige Verhalten der PPS.-Führer verteidigte und sich zu einem evolutionären Sozialismus bekannte. Die Ansicht der radikalen Linken verfocht der Oppositionsredner Zaremba. Die Resolution Perl wurde mit 150 gegen 115 Stimmen angenommen. Der Parteitag beschloß, gemäß Antrag des Parteiausschusses, aus der 2. Internationale auszutreten und zunächst sich keiner andern Internationale anzuschließen, sondern diese Frage dem Parteiausschuß zu überlassen, unter Vorbehalt der Zustimmung des nächsten Parteitages. Ein Antrag Perl, in der 2. Internationale zu verbleiben, gewann nur eine geringe Minderheit von Stimmen; desgleichen ein Antrag zum Anschluß an die Sozialistische Arbeitsgemeinschaft, die sogenannte Wiener Internationale. Der neue Parteivorstand wurde nach der Kompromißliste gewählt, wobei Dacynski Vorsitzender geblieben ist. Das grundsätzliche Ergebnis des Lodzer Kongresses ist, daß die Versuche einer Wiedervereinigung mit den ausgeschlossenen oder ausgeschiedenen Elementen mit kommunistischen Neigungen gescheitert sind. Die Posener, kongreßpolnischen und galizischen Kommunisten bleiben von der PPS. getrennt und nehmen den schärfsten Wettbewerbskampf auf. Ferner wurde die Gruppenbildung innerhalb der PPS.-Partei selbst bestimmter herausgearbeitet, wobei die Kooperativ-Angehörigen unter Führung Zarembas als eine starke Strömung von der Färbung etwa der deutschen Unabhängigen hervortraten. Die taktische Leitung der Gesamtpartei ist in den Händen der Dacynski-Gruppe mit ihrem nationalistischen Einschlag geblieben; diese versucht weiterhin, zwischen links und rechts zu lavieren. Der Verlauf der mit dem Kongreß gleichzeitigen Streikbewegung zeigt in der Arbeiterschaft den Einfluß von Führern, die außerhalb der leitenden Parteigruppen stehen.

# Der französische Gewerkschaftskongreß in Lille.

Ueber den Verlauf des französischen Gewerkschaftskongresses am Montag nachmittag berichtet der Bolschewist Slocombe im „Daily Herald" folgendermaßen: „Kurz, scharf und nahezu tragisch war die heutige Nachmittagssitzung des Kongresses. Als Dumoulin von der Exekutive einige ironische Bemerkungen über den Verlauf der Debatte, den Ausschluß des linken Flügels betreffend, geäußert hatte, drang ein Provinzdelegierter der Linken, schwitzend und protestierend sich einen Weg bahnend, aufs Podium. Sofort begann der Aufruhr. Argumente wurden immer feuriger und entwickelten sich zu Tätlichkeiten. Schnell war der gereizte Delegierte umringt von einer wilden Masse, gestikulierend und unverständlich schimpfend. Als dann ein Delegierter einen eisernen Stuhl schwang, erschien sofort ein Dutzend Männer, bewaffnet mit bleibeschwerten Gummiknüppeln von unheimlicher Länge. Ein andern Delegierter feuerte in rascher Folge zwei Schüsse ab, die eine Panik hervorriefen. Bei dem Hinausstürmen wurden die Tische der Presse umgeworfen. Der Rest der Sitzung bestand nur noch aus einem Orkan von Worten und Streitigkeiten, verstärkt durch das vergebliche Läuten der Präsidentenglocke. Jouhaux stand auf und verurteilte das noch nie dagewesene skandalöse Verhalten der Delegierten und drohte allen Waffen tragenden Delegierten mit sofortigem Ausschluß. Er vertagte die Sitzung bis zum nächsten Morgen, zu welcher Zeit ein gemischtes Komitee aus beiden Richtungen sich vielleicht über die zukünftige Geschäftsführung einig sein würde. Draußen stand bewaffnete Polizei zum Einschreiten im Bedarfsfalle. Nach Meinung des linken Flügels ist die Rechte für diesen Zusammenstoß verantwortlich. Der rechte Flügel macht natürlich die Linke verantwortlich." Der Korrespondent meint weiter: „Diese Vorgänge sind natürlich furchtbar unangenehm, doch werden sie den gegenwärtigen Zustand der Nutzlosigkeit und Auflösung, in der die französische Arbeiterbewegung dahinsiecht, beenden."

Ferner meldet der Korrespondent: „Die Rote Gewerkschaftsinternationale hat der Propaganda ihrer Opponenten einen unerwarteten Schlag versetzt, und zwar durch ein Telegramm Losowskis von Riga an den Kongreß. In diesem Telegramm verneinen Losowski und andere Mitglieder der Exekutive, daß die Moskau-Resolution verlangt, daß sich Gewerkschaftsorganisationen der dritten Internationale oder irgend einer nationalen Kommunistenpartei unterzuordnen hätten. Diese Erklärung wird die „revolutionären" Gewerkschaftler, die ihre Selbständigkeit hochschätzen, zweifellos beruhigen."

*

Wie die „Humanite" meldet, wurden für den Bericht des Allgemeinen Arbeiterverbandes (C. G. T.) 1542, dagegen 1353 Stimmen abgegeben.

# Weitere Getreidekredite für Deutschland.

Berlin, 28. Juli. (WTB.) Ueber den Abschluß eines Getreidefinanzierungsvertrages mit einer Gruppe englischer Banken über drei Millionen Pfund Sterling ist vor kurzem bereits berichtet worden. — Obwohl der Bedarf an Auslandsgetreide für die ersten Monate des neuen Wirtschaftsjahres so gut wie gedeckt ist und die Inlandsernte erwarten läßt, daß größere Mengen Auslandsgetreide in der nächsten Zeit nicht mehr angekauft werden, sind doch weitere Kreditmöglichkeiten gesichert worden, um eine Inanspruchnahme des Devisenmarktes für Getreidekäufe gegebenenfalls zu vermeiden. An diesem Kreditgeschäft ist besonders bemerkenswert, daß zum erstenmal eine Gruppe der führenden, Akzeptkreditgeschäft beteiligten amerikanischen Bankinstitute bei einem internationalen Rembourskreditgeschäft vereinigt sind. Auf Grund dieses Kreditvertrages können, falls weitere Getreidekäufe notwendig würden, monatlich bestimmte Getreidemengen angekauft werden. Ein weiterer Kreditvertrag ist mit einem holländischen Hause über 20 Millionen Gulden und mit einer dänischen Bank über 20 Millionen dänische Kronen abgeschlossen worden.

# Ein deutscher Hauptmann als Landesverräter.

Der vereinigte 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichtes verurteilte den am 16. März 1889 in Ellwangen geborenen bisherigen Hauptmann Franz Josef Kirsch wegen versuchten Landesverrats nach § 92 StGB. (Verrat von Staatsgeheimnissen, Festungsplänen, geheimen Aktenstücken) zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust. Außerdem wurde auf Ausstoßung aus dem Heere erkannt. Die Verhandlung fand unter völligem Ausschluß der Oeffentlichkeit statt; auch in der Urteilsbegründung wurde nichts über den Sachverhalt mitgeteilt.

# Verherrlichung des Bürgerkrieges.

In Borkum hat die Brigade Ehrhardt für ihre Gefallenen auf dem Kasernenhofe der Küstenwehrabteilung VI, also auf staatlichem Boden der deutschen Republik, gestern ein Denkmal enthüllt. Wir leiden zwar durchaus nicht Mangel in diesem Artikel, aber wenn sich Leute finden, die glauben, daß derlei Sachen zum Leben heute notwendig sind, und wenn sie sonst die Allgemeinheit nicht stören, dann mögen sie ruhig sich Denkmäler setzen. Das Ehrhardt-Denkmal bedeutet aber etwas ganz anderes, es ist die bewußte Verhöhnung der deutschen Republik, die nur mühsam unter dem Mantel der Erinnerung für die Gefallenen der 2. Marinebrigade verhüllt wird. Es muß schon auffällig wirken, daß auf Reichsboden ein Denkmal aufgestellt wird, dessen Relief einen kräftigen Arbeiterarm zeigt, der auf offener Hand eine Krone trägt. Wenn aber zur Geschmacklosigkeit die Verherrlichung des Bürgerkrieges kommt, dann geht das über jede noch so weit gezogene Grenze, und die des Herrn Reichswehrministers ist bekanntlich kaum erkennbar weit, hinaus. Das Denkmal trägt die Inschriften „Berlin, München, Oberschlesien". Das sollen Höhepunkte sein „für den unsterblichen Ruhm, den die aus dem schmählichen Zusammenbruch der Marine kraftvoll entstandene Ehrhardt-Truppe sich erworben hat in heiligem Kampf um den inneren Frieden." So zu lesen in der „Deutschen Zeitung". Ueber die sonstigen Embleme, Erinnerungszeichen und Bilder des Denkmals regen wir uns nicht weiter auf; sie sind auf demselben Boden gewachsen wie die Dutzende von Blechscherzen, die bei „patriotischen" Soldaten heute üblich sind. Es gibt eben Menschen, die glauben, sich nur dann aus der Masse herauszuheben, wenn sie irgendeinen bunten oder glitzernden Mumpitz an sich herumschleppen dürfen. Das ist immer ein Charakteristikum für Mangel an Glauben an den Wert der eigenen Persönlichkeit.

Bei der Einweihung wurde das schöne Erhardt-Lied gesungen:

Hakenkreuz am Stahlhelm,
schwarz-weiß-rotes Band,
die Brigade Ehrhardt
werden wir genannt —.

Ehrhardts Geist im Herzen,
kann nicht untergehen;
die Brigade Ehrhardt
wird einst auferstehen.

Nach diesem wahrhaft erhebenden Liede trat der Kommandeur der Küstenwehrabteilung IV, also wohl ein Mann, der den Eid auf die deutsche Republik geschworen hat, der Korvettenkapitän v. Abendroth, vor das Denkmal und hielt eine sicher prägnante Rede mit dem üblichen „begeistert aufgenommenen" Hoch.

Das ist alles geschehen nicht unter Wilhelm II., sondern im dritten Jahre der Republik.

## Streikbewegung im Aachener Revier.

Die „Agence Belge" berichtet aus Aachen: Nach den Angestellten der Kohlengruben, deren Untätigkeit einen großen Teil der Bergarbeiter nötigte, die Arbeit ruhen zu lassen, erklärten nun auch die Metallarbeiter in den Werkstätten der „Roten Erde" den Ausstand. Zahlreiche Ausständige marschierten im geschlossenen Zuge durch die Stadt und drangen gewaltsam in die Werkstätten ein, um das Personal zur Niederlegung der Arbeit zu zwingen. Die Ausständigen wollten auch eine Kundgebung vor dem Rathaus veranstalten, wurden aber von der bewaffneten Macht daran gehindert. Da beunruhigende Gerüchte umlaufen, und die Freiheit der Arbeit gefährdet erscheint, so sind für fünf Tage alle Kundgebungen und Versammlungen untersagt. Die Polizei wurde verstärkt.

# Brandkatastrophe im badischen Schwarzwalde.

Lössingen, 29. Juli. Gestern nachmittag 3 Uhr wurde das an der Strecke Neustadt-Donaueschingen gelegene Schwarzwalddorf Lössingen von einer furchtbaren Brandkatastrophe heimgesucht. Binnen einer Stunde wurden 40 Häuser ein Raub der Flammen. Infolge der Dürre und des großen Wassermangels besteht für das ganze Dorf die größte Gefahr. Militär wurde zu Hilfe gerufen. Der Umfang der Katastrophe erinnert an den Riesenbrand von Donaueschingen.

# Die Rußlandhilfe.

Wie die „Rote Fahne" meldet, hat das Allrussische Zentral-Exekutivkomitee eine Verordnung erlassen, in der bestimmt wird, daß sämtliche staatliche Institutionen sowie die größeren Parteiorganisationen ein Mitglied auf je 500 Mitglieder zu den Arbeiten der Hilfsaktion für die notleidenden Gouvernements zu entsenden haben.

Zur schnelleren Durchführung einer allgemeinen Hilfsaktion für das russische Volk hat ein vor kurzem aus Rußland zurückgekehrter Vertreter des estländischen Roten Kreuzes Vorschläge ausgearbeitet, die von der Sowjetregierung angenommen wurden. Danach liegt die Organisationsarbeit in Rußland in den Händen der Moskauer Quäkerorganisation in Verbindung mit Maxim Gorki und dem neugegründeten Hilfskomitee. Für die Arbeit in Westeuropa und Amerika sollen sich alle in Frage kommenden Organisationen und Persönlichkeiten zwecks rationeller Durchführung der Arbeitsverteilung zusammenschließen. In Genf oder in einem anderen internationalen Orte ist eine Konferenz aller in Betracht kommenden Organisationen geplant, die einen Ak-

tionsplan ausarbeiten und die Sammelpropaganda festsetzen sollen.

Der frühere georgische Innenminister Ramschiwilli, der sich nach der gewaltsamen Inbesitznahme Georgiens nach Paris begab, weilte vor einigen Tagen in Berlin und gab einem Vertreter des „B. T." nähere Schilderungen über die augenblickliche Lage in seiner Heimat. Ramschiwilli erklärte u. a.:

Während meiner Anwesenheit in Berlin hatte ich außer mit den beiden sozialdemokratischen Parteien mit der Reichsregierung mehrfach Besprechungen, in denen ich die augenblickliche Situation Georgiens darlegte. Denn die Lage, in die das Land durch die bolschewistische Okkupation geriet, ist furchtbar. **Eine entsetzliche Hungersnot, die sich täglich vergrößert, herrscht in Georgien. Dazu zahlreiche Fälle von Cholera und Flecktyphus, während überall Medikamente und Heilmittel fehlen.** Seit der Okkupation ist das Leben in Georgien siebzigmal teurer geworden, und für eine deutsche Mark erhält man dort 1000 Rubel. Infolge der russischen Besetzung, von deren Druck man sich eine Vorstellung machen kann, wenn man bedenkt, daß zurzeit in Georgien etwa 200 000 Russen stehen, ist auch der Handelsverkehr zwischen Deutschland und Georgien, der lebhaft im Gange war, völlig unterbunden. In Georgien leben gegenwärtig mehrere Tausende deutsche Staatsangehörige. Auch ihr Dasein wird durch die allgemeinen Zustände natürlich höchst ungünstig beeinflußt."

Hält man den augenblicklichen Zuständen in der sozialistischen Republik Georgien gegenüber, daß vor der gewaltsamen Besitznahme dieses Landes dessen wirtschaftliche Situation äußerst günstig war, so kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die Sowjetregierung auf Grund ihrer Unfähigkeit die größte Schuld an der augenblicklichen Hungersnot hat.

*

In der gestrigen Besprechung zwischen U. S. P. und V. K. P. D. **lehnten die Unabhängigen es ab, ein gemeinsames Hilfskomitee einzusetzen,** weil die Vorstände der anderen Parteien und des A. D. G. B. sich doch nicht daran beteiligten. Man kam überein, daß beide Parteien vorläufig getrennt die Arbeiterschaft zu Geldsammlungen auffordern, und zwar soll jeder Arbeiter sofort einen Tagelohn abführen und dann jeden Monat einen Tagesverdienst, um aus den Erträgnissen Medikamente, chirugische Instrumente, Getreide, Salz und Eisenzeug zu transportieren. Ferner sollen aus dem Ertrag der gesammelten Gelder **russische Arbeiter- und Bauernkinder in Deutschland untergebracht** und verpflegt werden. Später soll ein Hilfskomitee der beiden Parteien eingesetzt werden, um über die Verwendung der gesammelten Gelder zu beschließen. Die U. S. P. will sich auch sofort an die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale wenden. Trotz der Ablehnung des Vorstandes der S. P. D. soll er ersucht werden, mit den Vertretern der U. S. P. und V. K. P. D. gemeinsam auf die Regierung einzuwirken, damit diese bei der Bereitstellung und Ausfuhr von Maschinen, Medikamenten und Lebensmitteln nach Rußland die weitestgehende Unterstützung gewährt.

Auf den Notschrei Maxim Gorkis hat Herbert Hoover geantwortet, daß Amerika Nahrungsmittel für eine Million russischer Kinder schicken wolle, und zwar unter folgenden Bedingungen:

1. Ausdrückliche Erklärung der Sowjetregierung, daß die amerikanische Hilfe gebraucht werde;
2. volle Bewegungsfreiheit der amerikanischen Vertreter;
3. keinerlei Einmischung der Sowjetregierung in amerikanische Maßnahmen;
4. Befreiung der Lebensmitteltransporte von allen Abgaben und ihre Bevorzugung vor allen anderen Transporten;
5. daß Kinder und Kranke außer den russischen Rationen aus den amerikanischen Sendungen Zusatzrationen erhalten müssen.

Die amerikanische Regierung verpflichtet sich, ihre Lebensmittel **ohne Unterschied der Rasse, Konfession oder der gesellschaftlichen Stellung** zu verteilen und dafür zu sorgen, daß ihre Vertreter in Rußland keinerlei politische Tätigkeit entfalten.

Der Präsident des schwedischen Roten Kreuzes, Prinz Karl, erklärte auf eine Anfrage, daß sich das Rote Kreuz abwartend verhalten müsse, da die Teilnehmer an der vom Roten Kreuz geplanten Hilfsexpedition noch keine Einreiseerlaubnis nach Sowjetrußland erhalten hätte.

## Freistaat Danzig.

Mit der Inkrafttretung der Danziger Verfassung und der Bestätigung des Senats durch den Völkerbundsrat ist die Gründung des Danziger Freistaates völkerrechtlich vollendet. Das Ereignis ist in der deutschen Presse nicht weiter beachtet worden, und es erscheint angebracht, heute noch einmal rückblickend die Politik, die in der Abtrennung Pomerellens und der Gründung des Danziger Freistaates Gestalt aengenommen hat, in ihren Zielen und Absichten darzulegen. Der Freistaat Danzig ist ein Brückenkopf der englischen Ostpolitik und richtet sich, als ein Gegengewicht gegen die französisch-polnischen, auf die Beherrschung Rußlands und Preußens zielende Pläne. Die Danziger Verfassung ist das Spiegelbild dieser widerstreitenden Kräfte, denen sie ihre Entstehung verdankt. Danzig ist ein Freistaat und wiederum kein freier Staat. Das Danziger Deutschtum besitzt ein gewisses Selbstbestimmungsrecht, soweit seine häuslichen Angelegenheiten in Frage kommen, und wiederum kein Selbstbestimmungsrecht, sobald es sich um Fragen der äußeren Politik handelt. In Danzig regiert der Volkstag und der Senat, aber über dem Volkstag und dem Senat thront der Oberkommissar des Völkerbundes. Die Regelung der auswärtigen Angelegenheiten, die Vertretung der Danziger Interessen, die Wahrung der Rechte Danziger Staatsbürger ist Sache Polens und des polnischen auswärtigen Dienstes. Eine bewaffnete Macht darf Danzig nicht halten. Die Fabrikation von Waffen ist untersagt. Die durchgehenden Eisenbahnen stehen unter polnischer Oberhoheit. Anderseits kommt Danzig als Flottenbasis für Polen nicht in Frage. Munitionstransporte dürfen dagegen Danzig passieren. Und so ist dann das Ergebnis der Freistaatgründung für die Danziger Bevölkerung eine durchaus unsichere, schwebende außenpolitische Lage, und daraus folgend, zweifelhafte wirtschaftliche Aussichten. Bei der zwitterhaften Rechtslage, der Unsicherheit des militärischen Schutzes empfiehlt sich Danzig nicht in dem Maße für auswärtige Kapitalsanlagen, wie ein verfrühter Optimismus wohl gehofft hätte. Polen bemüht sich bei jeder Gelegenheit, die Danziger Selbständigkeit weiter zu schmälern. So hat man dieser Tage die Rechtsgültigkeit sämtlicher Verträge angezweifelt, die ohne die Mitwirkung der polnischen Diplomatie lediglich durch Vermittlung der Vertretung des Völkerbundes abgeschlossen worden sind.

Denn Polen betrachtet den Danziger Freistaat im Sinne der französischen Politik lediglich als Uebergangsgebilde. Es hat nicht die Absicht, die letzte Hochburg deutschen Unternehmungsgeistes, deutscher kaufmännischer Tätigkeit vor seinen Toren unangetastet zu lassen.

Unmittelbare Gefahren bestehen für Danzig so lange nicht, wie der Friedenszustand im Osten anhält. Jedoch muß jede kriegerische Verwicklung, sei es ein russisch-polnischer Krieg, besonders aber Verwicklungen mit Deutschland, eine schlechthin unmögliche Lage schaffen. Danzig wird alsdann zum Zankapfel dreier Nationen: nämlich Polen-Frankreichs, Deutschlands und Englands. England scheint in Anbetracht der Schwierigkeit des militärischen Schutzes seine Danziger Pläne aufgegeben zu haben. Man denkt daran, auf der Insel Gotland eine englische Handelsempore zu schaffen. Das wäre gleichbedeutend mit der Vernichtung jeglicher Hoffnung Danzigs auf die alte Handelsmachtstellung in der Ostsee. Das Hinterland Polen ist zu arm, zu unentwickelt, politisch zu sehr zerrissen, um die Grundlage großzügiger Handelspolitik weit ausschauender Unternehmungen abzugeben. Die einzige Hoffnung auf eine gewisse Zukunft bietet die Schiffahrt. Die Notlage Polens bedingt noch für Jahre hinaus, jedenfalls so lange, wie das französische finanzielle Interesse anhält, die Aussicht auf einen Notstandsverkehr. Die Wirtschaftskrisis in Polen erzeugt anderseits ein ungeheuer starkes Auswanderungsbedürfnis. Die Auswanderung findet in Danzig ihr natürliches Ausfalltor. Es ergeben sich hieraus einige begrenzte Erwartungen auf ein nutzbringendes Auswanderungsgeschäft. Doch sind die gegenwärtigen Schwierigkeiten der weltpolitischen Lage für Danzig und seine Zukunft eine unmittelbare Gefahr, die jeden Augenblick den Bestand dieser völkerbundlichen Notgründung erschüttern kann.

## Das Loch im Reichshaushalt.

Von Dr. R. Kuczynski,
Direktor des Statistischen Amts Berlin-Schöneberg.

Der Bedarf des Reiches beträgt rund 150 Milliarden Mark. Wie groß sind nun die Einnahmen? In dem Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 sind sie mit insgesamt 59 Milliarden Mark ausgewiesen. Darin sind enthalten: 2 Milliarden für noch rückständige Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, 7,8 Milliarden einmalige Zahlungen auf das Reichsnotopfer und 4,25 Milliarden aus neuen noch nicht bewilligten Steuern. Die dauernden, bereits gedeckten Einahmen betragen danach 45 Milliarden Mark. Durch die Verbesserung der Technik der Einkommensteuererhebung und Einkommensteuerkontrolle und durch die Steuergesetze, die dem Reichstag im September vorgelegt werden, sollen diese dauernden Einnahmen auf 80 Milliarden Mark steigen. Nach den Ausführungen des Finanzministers Wirth in der Reichstagssitzung vom 6. Juli sind „geplant eine Veredelung des Reichsnotopfers, eine Besteuerung der Nachkriegsgewinne im engeren Sinne und ein Ausbau der vorhandenen Besitzsteuern", ferner „eine starke Erhöhung der Körperschaftssteuer, eine Kapitalsverkehrssteuer, eine Aenderung der Besteuerung der Versicherungen und ein Ausbau der Kraftfahrzeugsteuer, auch eine Rennwettsteuer", endlich Zollerhöhungen, der Ausbau der Umsatzsteuer, der Kohlensteuer, der Zuckersteuer, der Tabaksteuer, der Biersteuer, des Branntweinmonopols, der Mineralwassersteuer, der Leuchtmittelbesteuerung, der Zündwarensteuer und die Schaffung eines Süßstoffmonopols.

„Aus der Einkommensteuer erwartet man allein bei sorgfältiger Nachprüfung und verbesserter Veranlagungstechnik ein Mehraufkommen von etwa 8 Milliarden als im Vorjahre." Wenn diese Worte des Reichsfinanzministers bedeuten sollen, daß gegenüber den in den Haushaltsplänen für 1920 und für 1921 veranschlagten 12 Milliarden künftig 20 Milliarden aus der Einkommensteuer erwartet werden, so erscheint mir dies allzu optimistisch. Man darf doch vor allem nicht übersehen, daß durch die Einkommensteuernovelle vom 24. März d. J. der Satz für alle steuerpflichtigen Einkommen bis zu 24 000 Mk. — das sind etwa 95 Proz. aller Einkommen — auf 10 Proz. begrenzt worden ist, was zunächst einen gewaltigen Ausfall gegenüber allen Voranschlägen, die auf Grund des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 gemacht worden sind, bringen muß.

Zur Veredelung des Reichsnotopfers sagte Wirth: „Zunächst soll der beschleunigt zu erhebende Teil des Reichsnotopfers, das sind 10 v. H. des abgabepflichtigen Vermögens, mindestens aber ein Drittel der Abgabe, in den gesetzlich vorgeschriebenen Teilbeiträgen gezahlt werden. Statt des verbleibenden Teils des Reichsnotopfers wird von einem noch zu bestimmenden Termin ab auf 10 Jahre eine jährliche Vermögensabgabe erhoben, die von 3 zu 3 Jahren neu zu veranlagen ist." Das bedeutet also: Mit den beschleunigten Teilzahlungen auf das Reichsnotopfer, die bis zum 1. Mai 1922 zu leisten sind, gilt das Reichsnotopfer als erledigt. Die Restschuld wird niedergeschlagen; soweit sie bereits gezahlt ist, wird sie vom Reich zurückerstattet oder gutgeschrieben. Alsdann wird, zunächst 10 Jahre lang (vermutlich aber dauernd), eine laufende Vermögenssteuer erhoben, die auch darin der früheren preußischen Ergänzungssteuer ähnelt, daß sie von 3 zu 3 Jahren neu veranlagt wird. „Die Körperschaften, insbesondere die Erwerbsgesellschaften, sollen mit Rücksicht darauf, daß sie nur mit einem Steuersatz von 10 Proz. zum Reichsnotopfer herangezogen worden sind, nochmals für die nächsten 10 Jahre herangezogen werden. Ihre Abgabe soll jährlich etwa 1½ Proz. des jeweiligen steuerpflichtigen Vermögens betragen." Den Ertrag der jährlichen Vermögenssteuer schätzt Wirth auf insgesamt mindestens 7 bis 8 Milliarden Mark. Da die laufenden Einahmen aus dem Reichsnotopfer auf 2,2 Milliarden veranschlagt sind, würde die Vermögenssteuer ein jährliches Mehr von 5 bis 6 Milliarden Mark bringen. Wenn man aber, was wohl selbstverständlich ist, diese 5 bis 6 Milliarden Mark von der Einkommensteuer und der Körperschaftssteuer freistellt, würde dort ein Ausfall von etwa einer Milliarde entstehen.

Die Besteuerung der Nachkriegsgewinne soll durch eine „einmalige große Abgabe" erfolgen. „Getroffen werden aber sollen grundsätzlich nur die großen Zuwachssummen. Geschont werden soll der nur auf Ersparnis beruhende Vermögenszuwachs." Den Ertrag schätzt Wirth auf 1 Milliarde.

Die Kohlensteuer soll zunächst von 20 auf 25 Proz. erhöht werden. Da sie für das Rechnungsjahr 1921 mit 4,5 Milliarden veranschlagt ist, würde die Erhöhung ein Mehr von 1.125 Milliarden bedeuten.

„Entbehrliche Genußmittel" sollen 7 Proz. der Gesamtbelastung bringen. Das würde etwa 5,6 Milliarden Mark bedeuten. Im Haushaltsplan für 1921 sind die Steuererträge von Tabak, Bier, Wein, Schaumwein, Branntwein und Mineralwasser auf insgesamt 3,243 Milliarden Mark veranschlagt. **Der Ausbau der Tabaksteuer, der Biersteuer, des Branntweinmonopols, der Mineralwassersteuer und das Süßstoffmonopol würden dem Fiskus also insgesamt ein Mehr von etwa 2¼ Milliarden bringen.**

**Damit sind alle Steuern erörtert, für die Wirth in seiner Rede Erträge mitgeteilt hat. Sie würden nach seinen eigenen Angaben zusammen mit den schon vorhandenen Steuern und den sonstigen Einnahmen des Reiches laufend etwa 60 Milliarden Mark bringen.** Demnach müßten, wenn seine Rechnung stimmen sollte, weitere 20 Milliarden aus dem Ausbau der vorhandenen Besitzsteuern (Erbschaftssteuer?), der Erhöhung der Körperschaftssteuer (neben der Steuer von 1½ Proz. des steuerpflichtigen Vermögens?), der Kapitalverkehrssteuer, der Aenderung der Besteuerung der Versicherungen, dem Ausbau der Kraftfahrzeugsteuer, der Rennwettsteuer, der Erhöhung der Zölle und der Zuckersteuer, dem Ausbau der Leuchtmittelbesteuerung, der Zündwarensteuer und der Umsatzsteuer fließen. Alle diese Reformen, abgesehen von dem Ausbau der Umsatzsteuer, dürften aber zusammen höchstens ein Mehr von einem halben Dutzend Milliarden bringen. Das Kernstück des ganzen Finanzprogramms, das dem Reichstag vorgelegt werden soll, müßte demnach der Ausbau der Umsatzsteuer sein. Die Umsatzsteuer brachte im Rechnungsjahr 1920 insgesamt 4.2 Milliarden. Für 1921 ist sie mit 5,4 Milliarden veranschlagt. Wirth erwartet davon künftig wohl mindestens dreimal soviel. Ich fürchte, das wird eine große Enttäuschung geben. Da aber der Gesetzentwurf nicht vorliegt und da auch die anderen Gesetzentwürfe noch nicht vorliegen, muß ich mit meinen Zweifeln zurückhalten und werde einstweilen unterstellen, daß das jetzt von Wirth für den September angekündigte Steuerprogramm die dauernden Einnahmen des Reichs auf 80 Milliarden steigern wird.

Was wäre nun damit erreicht? Bei einem Gesamtbedarf von 150 Milliarden Mark bliebe immer noch ein Fehlbetrag von 70 Milliarden. Davon glaubt Wirth 20 Milliarden später decken zu können, und zwar 1. durch Beteiligung des Reichs „an den größeren Unternehmungen, die an der Konjunktur vorwiegend teilhaben": „das Reich soll eine Art Genußschein erhalten, der auf doppelte Weise, entweder durch Einziehung der Dividende oder durch Verkauf und Verpfändung verwendet werden kann", 2. „indem einerseits die Kohle soweit als möglich nutzbar gemacht wird für die Zwecke des Reichs; andererseits die Frage der Exportabgabe, der Besteuerung der Spannung zwischen Inlandswert und Auslandswert der deutschen Mark praktisch aufgerollt wird".

Der Genußschein „an den größeren Unternehmungen, die an der Konjunktur vorwiegend teilhaben", wird neben der geplanten 1½prozentigen Vermögenssteuer der Körperschaften und neben der geplanten Erhöhung der Körperschaftssteuer nicht allzuviel bringen können. Betragen doch die Dividenden sämtlicher Aktiengesellschaften gegenwärtig nicht mehr als vielleicht 6 Milliarden Mark. Auch bei der Exportabgabe wird es sich nicht um Summen handeln können, die zu Buch schlagen. Bleibt also im wesentlichen nur eine stärkere Heranziehung der Kohle. Nun wäre es ja an sich vielleicht möglich, die Kohlensteuer nicht nur von 20 auf 25 Proz., sondern sagen wir auf 75 Proz. zu erhöhen. Aber was wäre die Wirkung? Auf der Einnahmeseite würde nicht nur ein Mehr von 11¼ Milliarden (4,5 Milliarden mal 2½) erscheinen, denn auch der Grundpreis der Kohle müßte ja steigen, da die Löhne der Bergarbeiter infolge der verteuerten Lebenshaltung erhöht werden müßten und notwendigerweise auch die Ausgaben der Zechen für Materialien vermehrt würden. Es würde also der Ertrag der Kohlensteuer mehr als im Verhältnis von 75 : 25 steigen, und auch die Umsatzsteuer würde infolge der Steigerung der Kohlenpreise und infolge der dadurch bedingten Preissteigerung für die meisten anderen Waren größere Erträge abwerfen. Aber auch auf der Ausgabenseite würde ein bedeutendes Mehr erscheinen. Die Reichseisenbahnen müßten allein für Kohle 2 Milliarden Mark mehr ausgeben; dazu kämen die persönlichen und sachlichen Mehraufwendungen der Reichseisenbahnen und aller Reichsstellen infolge der allgemeinen Lohn- und Preissteigerung, von den Mehrausgaben der Länder und Gemeinden gar nicht zu reden. Man darf doch bei allen derartigen Projekten, die die Lebenshaltung verteuern müssen, nicht vergessen, daß die Personen, die als Beamte, Angestellte, Arbeiter, Pensionäre usw. von Reich, Ländern und Gemeinden unterhalten werden, mit ihren Angehörigen heute mindestens 12 Millionen, d. h. mindestens ein Fünftel der Gesamtbevölkerung, ausmachen.

Das Finanzprogramm der Reichsregierung wäre nicht imstande, einen Bedarf von 100 Milliarden zu decken. Es kann natürlich noch viel weniger dem tatsächlichen Bedarf von 150 Milliarden genügen. Aber es ist ja überhaupt unmöglich, den Bedarf des Reichs, wie es die Regierung möchte, aus laufenden Einnahmen, also aus Steuern, Zöllen, Gebühren, Gewinnanteilen u. dgl., d. h. in der einen oder anderen Form aus dem Einkommen der deutschen Bevölkerung zu decken. Das Reich muß an die Substanz gehen. Das beste Mittel ist eine große einmalige allgemeine Vermögensabgabe.

## Devisen-Kurse.

**Hamburg,** 28. Juli.

Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

| | | 28. Juli. | 27. Juli. |
|---|---|---|---|
| Holland | 100 fl. | 2487.50 | 2445.— |
| Kopenhagen | 100 Kr. | 1227.50 | 1205.— |
| Stockholm | 100 Kr. | 1665.— | 1612.50 |
| Kristiania | 100 Kr. | 1042.50 | 1022.50 |
| Helsingfors | 100 finn. Mk. | 122.75 | 128.— |
| Schweiz | 100 Frs. | 1327.50 | 1297.50 |
| Wien (alt) | 100 K. | — | — |
| do. (neu) | 100 K. | 10.— | 10.— |
| Budapest | 100 K. | 22.— | 22.50 |
| Prag | 100 K. | 101.50 | 101.25 |
| Spanien | 100 Pesetas | 1027.50 | 1012.50 |
| London | 1 £ | 290.— | 284.25 |
| Paris | 100 Frs. | 625.50 | 615.— |
| Belgien | 100 Frs. | 610.— | 590.— |
| Italien | 100 Lire | 337.— | 338.— |
| N. York telegr. Ausz. | 1 Doll. | 80.37 | 79.62 |
| do. briefl. Ausz. od. Scheck | | 81.25 | 79.37 |
| Bukarest | 100 Lei | 104.— | 105.— |

## Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

**Angekommen am 28. Juli 1921.**

| Dampfer | Segler | Schiffsname | Kapitän | Herkunftsort | Fahrzeit Tage Std. |
|---|---|---|---|---|---|
| D. | | Fehmarn | Schwenn | Fehmarn | 4 |

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg.
Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

# Reste und Abschnitte

**trotz steigender Konjunktur — fabelhaft billig!**

*Beachten Sie jedes dieser Angebote — Wir bieten Ihnen auch vorteilhaft reguläre Waren!*

## Auf den Auslagetischen im Parterre:

Kleiderstoff-Reste
Sammet-Reste
Seidenstoff-Reste
Waschstoff-Reste
Hemdentuch-Reste
Handtuchstoff-Reste
Herrenstoff-Reste
**zu fabelhaft billigen Preisen**

Spitzen- und Stickerei-
**Reste**
und Abschnitte
Seidenband-Reste
**fabelhaft billig**

Einzelne
Damen-Hemden
Beinkleider
Wäsche-Garnituren
Nachthemden
Korsette
(in einzelnen Grössen)
leicht angestaubt
**zu fabelhaft billigen Preisen**

Schürzensatin-Reste ca. 80 cm breit ..... Meter 1.0-

Wäsche-Stickerei ca. 7 cm breit ..... Meter 2.95

Damen-Hemden Achselschluß ..... 17.50

Im I. Stock **Billige Damen-Kleidung**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Sommer-Blusen | 37.50 | 26.50 | 19.50 |
| Kostüm-Röcke | 48.— | 39.50 | 19.50 |
| Unterröcke | | 29.50 | 19.50 |
| Sommer-Mäntel | 250.— | 195.— | 150.— |
| Sommer-Kleider | 195.— | 175.— | 145.— |
| Jacken-Kleider | 550.— | 495.— | 375.— |

Auf den Auslage-Tischen im Parterre:

**Damen-Kragen**
für Blusen u. Jacketts
**2.95 u. 4.95**

Tüll-Jabots leicht angestaubt ..... 8.75

Damen-Gürtel Wildleder-Imitation, in vielen Farben .... 2.95

Miederband-Reste ..... Stück 1.20
Gummiband-Reste Stück 95 Pf. u. 65 Pf.
Knöpfe aller Art sehr billig
Maschinengarn ... 200-Meter-Rolle 1.95
Strickwolle schwarz und grau 100-Gramm-Lage 7.25

Auf den Auslage-Tischen im I. Stock:

**Einzel-Paare**
in
**Schuhwaren**

Herren-Schnürstiefel verschiedene Lederarten ..... durchweg 125.00
Damen-Halbschuhe Schnür- und Spangenschuhe ..... durchweg 79.50
D.-Hochschaftstiefel elegante Form ..... durchweg 95.00

Dam.-Stoffhausschuhe mit Ledersohle ..... 18.50
Stoff-Pantoffel mit Ledersohle
Damen 8.75 Herren 9.75

Auf den Auslage-Tischen im II. Stock:

**Gardinen-Reste**
auch in größeren Längen und einzelne
**Stores und Garnituren**
**fabelhaft billig**

Wohnzimmer-Teppiche
145- 175- 225-

# Holstenhaus

Lübeck

Beilage zu Nr. 175
28. Jahrgang.

# Lübecker Volksbote

Freitag, den 29. Juli 1921

## Freistaat Lübeck.

Freitag, 29. Juli.

### Erntelied.

Die Saat steht reif, die Saat steht schwer,
Das Korn fließt in die Scheuer,
Wo nehmen wir wohl die Säcke her? —
Gottlob, das Brot wird teuer.

Wer Schinken schmaust als Hauptgericht
Am Abend und am Morgen,
Den schert die kleine Zukost nicht,
Ihn zwicken keine Sorgen.

Der gute Himmel mühte sich
Doch nicht für Bettelkinder;
Er dachte liebreich sicherlich
An schnelle Mast der Rinder.

Ein fettes Rind bringt unbedingt
Dem Züchter manchen Batzen —
Und wenn kein Geld im Beutel klingt,
Schmor' Rüben seinen Fratzen.

Die Armut plagt nur den, der dumm,
Kartoffeln mag er schlingen —
Laßt uns zum Erntefest darum
Ein frommes Danklied singen.

Der Sünder spüre Hungerqual,
Uns fülle sich die Scheuer,
Seid fröhlich, Brüder, allzumal:
Gottlob, das Brot wird teuer!

Schlaraff.

**Zum Streik im gesamten Friseurgewerbe.** Wir weisen nochmals darauf hin, daß alle Geschäfte, die unsere Forderungen nicht anerkennen und bewilligen wollen, gemieden werden müssen. Bewilligt und anerkannt haben die Herrenfriseure: Ahrens, Beckergrube; Buhmann, Beckergrube; Lund, Gr. Burgstraße; Ditz, Fleischhauerstraße, Wulff, Hinter St. Petri; Heine, Tünkenhagen; Wehde, Hansastraße, Wonerow, Füchtingstraße; Claasen, Kücknitz; Wigger, Fackenburger Allee; Gülkow, Schwartauer Allee; Köster, Hüxterdamm; Hannemann, Aegidienstraße; Wegener, Johannisstraße; Bieninda, Rosengarten; Kirchberg, Kerckringstraße; Diekmann, Drögestraße. — Von den Damenfriseuren haben bewilligt und anerkannt: Heins, Schüsselbuden; Lüthge, Johannisstraße; Wieger, Kronsforder Allee. — Im Interesse unserer Sache bitten wir alle Hand- und Kopfarbeiter, **nur diese Geschäfte** sowie unsere fliegenden Barbierstuben zu besuchen. Näheres im Inserat in der heutigen Zeitung.

Die Streikleitung.
J. A.: Herm. Koop.

**Neue Lohnverhandlungen in der Landwirtschaft.** Wie wir erfahren, finden am Donnerstag, dem 4. August, in Kiel Lohnverhandlungen zwischen dem Deutschen Landarbeiterverband und dem Landwirtschaftlichen Arbeitgeberverband statt. Die Lohnkommissionsmitglieder werden rechtzeitig hierzu geladen. Wir geben der Hoffnung Raum, daß die Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis führen mögen. Pflicht der Landarbeiterschaft ist es, bis zu diesem Zeitpunkt keinerlei örtliche Unternehmungen zu treffen, sondern den Ausgang der Verhandlungen abzuwarten.

**Pfändungsbeschlüsse und Vorpfändungen gegen Postscheckguthaben.** Um die Weiterungen zu beseitigen, die bei der Zustellung der Pfändungsbeschlüsse und Vorpfändungen gegen das Postscheckguthaben entstanden sind, hat der Reichspostmeister angeordnet, daß vom 1. August 1921 ab für die Entgegennahme der Zustellung von Pfändungsbeschlüssen und Verpfändungen, die sich auf das Postscheckguthaben beziehen, nur die Postscheckämter zuständig sind.

### Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Vom Finanzamt werden uns zur Erläuterung in der im Inseratenteil der heutigen Nummer abgedruckten Bekanntmachung folgende Beispiele mitgeteilt:

1. Bei einem verheirateten ständigen Arbeitnehmer mit 4 minderjährigen Kindern, bei dem Abzüge nach § 13 E.St.G. schon bisher berücksichtigt worden sind, würde sich zum Beispiel bei einem Wochenlohn von 350 Mk. der Steuerabzug bei der Lohnzahlung am 6. August wie folgt gestalten:

| | | |
|---|---|---|
| Wochenlohn | 350,— | Mk. |
| davon abzugsfrei (2×24 + 4×36) | = 192,— | „ |
| Rest | 158,— | |
| hiervon 10 vom Hundert | = 15,80 | Mk. |
| davon ab zur Abgeltung der Abzüge nach § 13 E.St.G. | 3,60 | „ |
| demnach einbehalten | 12,20 | Mk. |

2. Bei einem verheirateten ständigen Arbeitnehmer mit 2 minderjährigen Kindern, bei dem Abzüge nach § 13 E.St.G. bisher noch nicht berücksichtigt worden sind, würde sich der Steuerabzug bei einem Wochenlohn von 280 Mk. gestalten wie folgt:

a) für die Lohnzahlungen in der Zeit vom 1. August 1921 bis 31. Oktober 1921 für den bis zum 31. Oktober 1921 fällig gewordenen Arbeitslohn:

| | | |
|---|---|---|
| Wochenlohn | 280,— | Mk. |
| davon abzugsfrei (2×24+2×36) | = 120,— | „ |
| Rest | 160,— | Mk. |
| hiervon 10 vom Hundert | = 16,— | „ |
| davon ab zur Abgeltung der Abzüge nach § 13 E.St.G. | 8,40 | „ |
| einzubehalten | 7,60 | Mk. |

b) für die Lohnzahlungen nach dem 31. Oktober 1921

| | | |
|---|---|---|
| 10 vom Hundert (wie oben) | 16,— | Mk. |
| davon ab zur Abgeltung der Abzüge nach § 13 E.St.G. | 3,60 | „ |
| einzubehalten | 12,40 | Mk. |

3. Unständiger Arbeitnehmer mit 3½ Stunden Arbeitszeit und 19 Mk. Lohn:

| | | |
|---|---|---|
| einzubehalten 10 vom Hundert | 1,90 | Mk. |
| davon ab zu Abgeltung der Abzüge nach § 13 E.St.G. in der Zeit zwischen dem 1. August 1921 und 31. Oktober 1921 | 0,80 | „ |
| einzubehalten | 1,10 | Mk. |

In der Zeit nach dem 31. Oktober 1921 gehen von dem Betrage von 1,90 Mk. nur ab 2×15 = 0,30 Mk., so daß 1,60 Mk. einzubehalten sind.

**Nationalistische Jugenderziehung.** Mit welch unglaublicher Dummheit vom Staate bestellte Leiterinnen ihre Aufgabe der Jugenderziehung auffassen, konnte man am Donnerstag abend wieder einmal öffentlich feststellen. Die im Erziehungsheim I an der Mauer untergebrachten, meist elternlosen Kinder unternehmen zurzeit Erholungsfahrten nach Travemünde. Der Rückmarsch vom Lübecker Bahnhof aus erfolgt — wie wir kürzlich auch bei den Waisenkindern feststellen konnten — im Laufschritt, so daß die Kinder dem Ausmaß der langen Beine ihrer Begleiterinnen kaum folgen können. Jede Rücksicht auf die Kleinen wird da vermißt, ja die Rücksichtslosigkeit auf die Spitze getrieben. Ein Hinweis auf diese Ungehörigkeit wird hoffentlich genügen, Abhilfe zu schaffen. Doch dies nur nebenbei. Das Tollste ist, daß die Schwestern und Hilfskräfte des Erziehungsheims die Kinder zu Haß- und Rachegesängen anleiten und das Ergebnis dieser Erziehung öffentlich zur Schau tragen. So sang am Donnerstag abend die Schar von etwa 60 Kindern beim Durchschreiten der Holstenstraße das Lied: Siegreich wollen wir Frankreich schlagen! Es zeigt sich hierbei, daß die leitenden Damen etwas schwer von Begriff sind — und daß sie trotz der Millionenopfer des Krieges die Tragweite ihres Handelns noch nicht empfinden. Oder sind sie sich ihres Tuns voll bewußt und der Meinung, da bisher das Volk die größten Gut- und Blutsopfer gebracht hat, es auch in Zukunft für die Bourgeois mit Leib und Leben einzutreten hat und hierzu die Kinder der Aermsten die besten Opfer zur nationalistischen Hetze abgeben? Können sich diese Jugendleiterinnen den chauvinistischen Hetzereien nicht enthalten, dann mögen sie ihre Berufstätigkeit in adlige Stifte verlegen. Die Kinder des Volkes sind für derartige Zwecke denn doch zu schade.

**Propagandafliegen in Travemünde am Sonntag und Montag.** Wie uns mitgeteilt wird, findet das geplante Schaufliegen nicht, wie beabsichtigt, erst am 2. und 3. August, sondern bereits am 31. Juli und 1. August statt. Die Veranstaltung wurde aus dem Grunde vorverlegt, um auch der Werktags unabkömmlichen Bevölkerung Lübecks in weitestem Maße die Möglichkeit zu geben, sich durch eigenen Augenschein ein Bild von der Leistungsfähigkeit der deutschen Flugzeugtechnik, die zurzeit durch das Ententediktat geknebelt ist, zu machen und einen Ausblick auf die Aufgabe zu eröffnen, die dieser Verkehrszweig in Zukunft zu bewältigen hat. Zwischen den zum Einheitspreise zu 10 Mark an den Kassen auf dem Priwall zur Ausgabe gelangenden Eintrittskarten befinden sich zahlreiche Freiflugkarten, die allen, denen das Glück günstig ist, kostenlos Gelegenheit geben, sich selbst von der Handhabung und Betriebssicherheit dieses aus einem modernen Wirtschaftsleben nicht auszuschaltenden Verkehrsmittels beim Start, in der Luft und bei der Landung zu überzeugen. Außerdem werden zu einem angemessenen Preise Rundflüge über die Lübecker Bucht ausgeführt. Unter diesen Flugzeugen, die als frühere Kriegsflugzeuge dem Luftpostdienst nutzbar gemacht sind, befindet sich ein zweimotoriges großes Flugzeug, das gleichzeitig acht Personen befördert, und von dem aus man in einer geschlossenen, gegen jeden Luftzug geschützten Karosserie das Landschaftsbild hinter Glas vorüberrollen sieht. Ferner wird Lt. a. D. Triebener, der vor kurzem in Hannover seinen 39. und 40. Fallschirmabsprung erfolgreich ausführte, vor den Augen des Publikums das Zusammenlegen und Anbringen des Fallschirms zeigen und auch hier solche Fallschirmabsprünge aus dem fliegenden Flugzeug persönlich ausführen. Einmal wird dieser kühne Springer auch einen Sprung in das Wasser ausführen. Das Abspringen wird vorher durch Abschießen von Leuchtkugeln bekannt gegeben. Gleichzeitig ist für die Besucher des Flugplatzes eine Besichtigung der Flugzeugfabrik Casper in Aussicht genommen. Wie wir hören, macht das Kaufhaus Karstadt bei den Schauflügen von der durch das Flugzeug sehr wirksam auszuführenden Luftreklame weitesten Gebrauch und kündigt einen Vorgeschmack für seine in Travemünde geplante Modeschau an. Am Sonntag vormittag ist ein Presseflug beabsichtigt, um den Vertretern der Presse Gelegenheit zu geben, selbst die Annehmlichkeiten einer solchen Luftfahrt auf Landflugzeugen auszukosten und deren Schönheiten zu genießen.

**Hansa-Theater.** Annemarie Steinsieck, Hugo Werner Kahle und Dr. Heinz Schulbaur vom Deutschen Volkstheater in Wien befinden sich auf einer Gastspielreise durch alle Großstädte Deutschlands. Hier in Lübeck findet ihr Auftreten am Sonnabend, dem 30. Juli, im „Hansa-Theater" in den beiden Sketschen „Das Verbrechen in der Leichenkammer" und „Der rote Strich" statt.

pb. **Jugendliche Diebe.** Festgenommen wurden zwei jugendliche Arbeiter von hier, die in Niemark einen Einbruchsdiebstahl ausgeführt hatten, wobei ihnen Silbersachen und Lebensmittel von nicht unerheblichem Wert in die Hände gefallen waren. Einer dieser Täter wurde außerdem noch von der hiesigen Staatsanwaltschaft zwecks Verbüßung einer Gefängnisstrafe gesucht.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Aus der Schlachthofhalle wurde ein Fahrrad mitvorgebauter Lenkstange und fast neuer sogenannter Gebirgsbereifung und vom Flur eines Hauses im Schüsselbuden ein Fahrrad mit schwarzem Gestell und Freilauf mit Rücktrittbremse gestohlen. — Bei der Dankwartsbrücke ist ein vierrädiger blaugestrichener Blockwagen abhanden gekomen und vermutlich gestohlen worden.

**Badeanstalt Falkendamm.** Wasserwärme am 29. Juli morgens 6 Uhr 22½°; mittags 12 Uhr 22½° Celsius.

## Angrenzende Gebiete.

**Eutin.** Die umgewendete Kappe. Die Regierung des Landesteils Eutin teilte den Hauptlehrern mit, daß die Verkürzung des Religionsunterrichts von vier auf zwei wöchentliche Stunden nicht die mechanische Verminderung des Stoffes, sondern die Erreichung des alten Lehrziels auf neuzeitlichen Wegen zum Zwecke habe. Das neue Testament soll bevorzugt werden. Eine völlige Ausschaltung des alten Testaments oder seine Behandlung in einem Jahrespensum erscheine nicht angängig.

**Mölln.** Vom Starkstrom getötet. Bei der Ueberlandzentrale kam der 26jährige Hilfsmonteur Klockmann mit dem Hauptstrom in Berührung und wurde getötet.

## Gobseck.

Erzählung von H. de Balzac.

10. Fortsetzung

Der Wucherer tunkte sein Brot in die Tasse und aß sein Frühstück, ohne den Vorgängen irgendwelche Teilnahme entgegenzubringen. Sobald aber von Rückkaufsvertrag und dergleichen die Rede war, sah er mich mit einem Gesichtsausdrucke an, der soviel sagen wollte als: Da sehe mir mal einer den Lumpen an! Wie er aus meinem Leben Nutzen zu ziehen weiß!

Ich aber entgegnete ihm mit einem Blicke, den er wunderbar gut verstand. Die ganze Sache war sehr zweifelhafter Art, sie war unanständig und schmutzig. Ein Vergleich schien mir mehr als dringend geraten. Die Möglichkeit des Leugnens wäre für Gobseck ausgeschlossen gewesen; ich hätte ja doch die Wahrheit gesagt.

Der Graf dankte mir mit einem wohlwollenden Lächeln. Nach einer Auseinandersetzung, im Verlaufe deren Gobsecks Habsucht und Geschicklichkeit die ganze Diplomatie eines Staatskongresses in Verlegenheit gebracht hätte, setzte ich ein Abkommen auf, demzufolge der Graf anerkannte, von dem Alten die Summe von fünfundachtzigtausend Franken zuzüglich Zinsen erhalten zu haben, und der Wucherer sich seinerseits bereit erklärte, nach Zahlung dieser Summe dem Grafen die Diamanten zurückzuerstatten.

„Welch sinnlose Verschwendung!" rief der bedauernswerte Gatte, als er unterzeichnete. „Wie soll ich einen solchen Abgrund überbrücken?"

„Verzeihen Sie, Herr Graf", sagte Gobseck ernst, „haben Sie viele Kinder?"

Der unglückliche Mann erbebte bei diesen Worten. Fast war es, als hätte der Geldverleiher wie ein kundiger Arzt sofort den Herd des Uebels gefunden. Er antwortete nicht.

„Ich weiß Ihre Geschichte auswendig", begann der Wucherer von neuem, da er das schmerzliche Stillschweigen des Grafen wohl verstand. „Diese Frau ist ein böser Dämon, den Sie vielleicht noch immer lieben. Ich finde es begreiflich — Sie hat sogar auf mich einen tiefen Eindruck gemacht. Sie möchten sich Ihr Vermögen erhalten — für ein Kind vielleicht oder für zwei. Hören Sie, was ich Ihnen sage — stürzen Sie sich scheinbar in den Strudel der großen Welt, spielen Sie, verlieren Sie Ihr Vermögen und kommen Sie recht oft zu Gobseck. Die Leute werden sagen, ich bin ein Jude, ein Araber, ein Wucherer, ein Kosar — ich hätte Sie ruiniert! Ich mache mir nichts daraus! Wenn man mich beleidigt, so knalle ich meinen Mann nieder! Niemand handhabt Pistole und Degen besser als meine Wenigkeit. Das ist allgemein bekannt! Dann suchen Sie sich einen Freund — wenn Sie einen finden können — dem Sie Ihre Besitztümer durch einen Scheinverkauf überlassen."

„Nennen Sie das nicht ein Fideikommiß", wandte er sich fragend an mich. Er schien ganz in seine neuen Gedanken versunken.

An der Tür sagte er noch kurz:

„Morgen sollen Sie Ihr Geld haben, mein Herr — halten Sie die Diamanten bereit."

Dann ging er.

„Der gute Kerl scheint mir fast so dumm wie ein Ehrenmann", meinte Gobseck in etwas rauhem Tone, als die Tür sich geschlossen hatte.

„Sagen Sie lieber: dumm wie ein leidenschaftlich Verliebter."

„Sie! Der Graf schuldet Ihnen die Kosten für den Vertrag!" bemerkte er noch schnell, da er mich aufbrechen sah.

Wenige Tage nach dieser Szene, die mich zum ersten Male in die furchtbaren Mysterien des Lebens einer Modedame hatte einen Blick tun lassen, sah ich den Grafen eines Morgens in mein Arbeitszimmer eintreten.

„Ich komme, um Sie in einer sehr ernsten Angelegenheit um Rat zu befragen", begann er. „Ich erkläre Ihnen hiermit, daß ich unumschränktes Vertrauen in Sie setze, und ich werde Ihnen den Beweis dafür erbringen. Ihr Vorgehen im Interesse der Vicomtesse Grandlieu ist ja, wie ich höre, allen Lobes wert."

Sie sehen, Madame — wandte sich Derville an seine Zuhörerin — daß ich von Ihnen für meine so selbstverständliche und einfache Arbeit wohl mehr als tausendfach belohnt worden bin. Ich verbeugte mich also vor ihm und sagte, daß ich lediglich meiner Pflicht als anständiger Mensch nachgekommen wäre.

„Wie dem auch sei", meinte der Graf, „ich habe über die eigenartige Persönlichkeit, der Sie den Besitz Ihrer heutigen Praxis schulden, die eingehendsten Erkundigungen eingezogen. Nach allem, was ich in Erfahrung gebracht habe, muß ich Gobseck als einen Philosophen der zynischen Schule bezeichnen. Wie denken Sie über seine Ehrlichkeit?"

„Herr Graf", entgegnete ich, „Gobseck ist mein Wohltäter — allerdings zu fünfzehn Prozent", setzte ich lächelnd hinzu. „Doch kann ich angesichts seiner Habsucht mir ihn einem Fremden gegenüber nicht so recht im reichen Lichter veranschaulichen".

„Bitte, sprechen Sie offen. Ihre Aeußerungen können weder für Gobseck noch für Sie selbst irgendwie nachteilig sein. Ich habe ohnedies nicht erwartet, in der Person eines Geldverleihers einen verkappten Engel zu finden."

„Papa Gobseck", entgegnete ich, „ist in seinem Innersten von der unumstößlichen Richtigkeit eines Prinzips überzeugt, das für seine ganze Handlungsweise ausschlaggebend ist. Seiner Meinung nach ist das Geld eine Ware, die man, ohne deswegen mit seinem Gewissen in Konflikt zu geraten, je nach der Beschaffenheit des gegebenen Falles billig oder teuer verkaufen darf. Der Kapitalist ist in seinen Augen ein Mann, der durch den hohen Zins und Ertrag, den er von seinem Gelde fordert, gleichsam vorweg und vorgreifend als Teilhaber in alle gewinnbringenden Unternehmungen und Spekulationen eintreten kann und eintritt. Abseits von seinen Prinzipien und seinen philosophischen Anschauungen über die Veranlagung der Menschen, die es ihm gestatten, offenkundig als Wucherer aufzutreten, ist er nach meiner innerlichsten Ueberzeugung, sobald er seinen Geschäften den Rücken kehrt, der zartfühlendste und ehrlichste Mensch, den man sich denken kann. Zwei Menschen leben hier in einer Person: er ist Geizhals und Philosoph, er ist klein und doch groß.

Er mag ein Pirat gewesen sein, er hat vielleicht auf seinen Fahrten über die ganze Erde mit Diamanten gehandelt oder mit Sklaven, mit Weibern oder Staatsgeheimnissen — ich möchte es aber fast beschwören, daß kein Mensch mehr erlebt, mehr durchgemacht und erfahren hat, ausgiebiger erprobt und daher nachhaltiger gefestigt worden ist. An dem Tage, wo ich die Summe brachte, die mich aller Verpflichtungen gegen ihn enthob, habe ich ihn nicht ohne alle rednerische Vorsicht danach gefragt, was ihn veranlaßt hätte, einen so übermäßigen Zinssatz von mir zu fordern, und warum er, da er mir — seinem Freunde — doch nun einmal dienlich sein wollte, sich nicht zu einer umfassenden, einwandsfreien Wohltat verstanden habe.

Seine Antwort lautete folgendermaßen:

„Ich habe dir das Gefühl der Dankbarkeit ersparen wollen, mein Sohn, indem ich dir das Recht zu der Annahme gab, daß du mir tatsächlich nichts schuldest. Daher sind wir auch noch immer die besten Freunde."

Diese Worte werden Ihnen den Mann deutlicher schildern, als alles andere, was ich Ihnen allenfalls von ihm erzählen könnte.

„Nun denn", meinte der Graf, „dann habe ich einen unwiderruflichen Entschluß gefaßt. Wollen Sie, bitte, eine Urkunde verfassen, kraft derer ich meinen gesamten Besitz auf Gobseck übertrage. Im übrigen verlasse ich mich ganz auf Sie, soweit es sich dann noch um den Wortlaut eines Gegenreverses handelt, in dem er diesen Verkauf für fingiert erklärt und sich verpflichtet, mein von ihm verwaltetes Vermögen — so wie er zu verwalten versteht — meinem ältesten Sohne bei dessen Mündigerklärung einzuhändigen. Jetzt noch eins, mein Herr: ich möchte diese Urkunde nur ungern bei mir zu Hause aufbewahren. Die rückhaltlose Liebe, mit der mein Sohn an seiner Mutter hängt, läßt mich befürchten, daß er unter Umständen vielleicht imstande wäre, ihr den Revers auszuliefern. Würden Sie damit einverstanden sein, wenn ich das Dokument bei Ihnen hinterlege? Für den Fall seines Todes soll Gobseck Sie zu seinem gesetzlichen Erben bestimmen. Solchermaßen wäre dann allen Möglichkeiten Rechnung getragen, nicht wahr?"

Der Graf schwieg einige Augenblicke; er schien über alle Maßen erregt.

(Fortsetzung folgt.)

**Schönberg** in Mecklbg. Vom Blitzschlag getötet wurde bei dem Gewitter am Dienstag nachmittag der 49jährige Forstarbeiter Wilhelm Kloth, der an der Chaussee nach Selmsdorf unter einem Baum etwas Schutz gegen den Regen gesucht hatte. Auch eine Kuh auf der Weidekopdel des Bauhofes Schönberg wurde getötet. — Auf dem Rittergut Röggelin wurde durch einen Blitz das Viehhaus in Brand gesetzt, das bis auf die Grundmauern niederbrannte. Die gesamte Heuernte und großes Quantum Getreide fielen den Flammen zum Opfer. — In Böhlendorf wurde das Gewese des Hofbesitzers Martens durch einen Blitz eingeäschert. Auch hier verbrannte die gesamte Futter- und Getreideernte.

**Hamburg.** Durch ein Bierfaß getötet. Im Keller einer Gastwirtschaft am Schleidenweg war der Gastwirtsgehilfe Qual mit den dort lagernden Bierfässern beschäftigt. Durch den Kohlensäuredruck wurde der wahrscheinlich morsche Boden eines Fasses herausgedrückt und das Faß emporgeschleudert. Das Faß traf den Gehilfen mit einer solchen Wucht an den Kopf, daß dieser bewußtlos zusammenbrach. Der Verunglückte wurde in das Eppendorfer Krankenhaus überführt, wo er gleich nach seiner Einlieferung starb.

**Hamburg.** Große Schieberlager entdeckt. Das Fahndungskommando hatte in Erfahrung gebracht, daß in Eimsbüttel für über eine Million Zigarettenbanderolen und eine Unmenge unbanderolierter Zigaretten sowie Anzugstoffe versteckt gehalten wurden. Nach Anstellung umfangreicher Ermittelungen gelang es den Beamten, sieben verschiedene Lager zu entdecken, in denen die Banderolen und Waren untergebracht waren. Bisher sind acht Personen, die an den Schiebungen, bezw. Diebstählen beteiligt sind, ermittelt und festgenommen worden, und zwar Arbeitslose, Schieber und zwei Gastwirte. Die Zigarettenbanderolen rühren vermutlich von einem Diebstahl in der Reichsdruckerei her. Die vorgefundenen unbanderolierten Zigaretten und die Tuchstoffe stammen aller Wahrscheinlichkeit nach von Diebstählen und Schiebungen im Freihafen her.

**Hamburg.** Orgeschdemonstrationen. Es ist, als wenn die Orgeschorganisationen nach ihrem erfolgten Verbot nun erst recht beweisen wollen, daß sie noch am Leben sind und auf das Verbot der Orgesch durch die republikanische Regierung pfeifen. Der am 30. Juli geplante Flaggenrummel der Orgeschorganisation „Hamburger Bürgerbund" ist in Wirklichkeit eine Demonstration gegen die deutsche Republik. Der Demonstration des Bürgerbundes soll nun am Sonntag, 7. August, eine Orgeschdemonstration zu Lande folgen. An diesem Tage veranstaltet der Hamburger Kriegerverband eine Schwarz-weiß-rot-Demonstration, zu der man das 40jährige Bestehen des Kriegerverbandes als Anlaß nimmt. Es soll also — beileibe nicht — etwa eine Demonstration gegen die deutsche Republik sein, sondern ein harmloses Stiftungsfest. Es ist ein großer Festzug mit schwarz-weiß-roten Abzeichen durch die Stadt nach der Moorweide geplant. Dort soll dann für die Orgeschdemonstranten ein Feldgottesdienst abgehalten werden. — Die Demokratische Partei Hamburgs hat es abgelehnt, sich an diesen Demonstrationen zu beteiligen. Die Begründung, welche diese Partei für die Ablehnung anführt, paßt dem demokratisch schillernden „Hamb. Fremdenblatt" nicht. Es tritt direkt für die schwarz-weiß-rote Flagge ein und schreibt u. a.: „Jedenfalls werden wir überall dort, wo für schwarz-weiß-rot demonstriert wird, immer mit dem Herzen dabei sein." — Echt demokratisch.

**Neumünster.** Ein unglücklicher Schuß. Während ein Landmann aus dem benachbarten Ehndorf mit seiner Familie auf dem Felde mit Erntearbeiten beschäftigt war, ergriff in der Stube der 9jährige Sohn das Jagdgewehr des Vaters, das geladen war, und hielt die Mündung nach dem Bett gerichtet, in dem ein 10jähriges Mädchen aus Hamburg, ein Ferienkind, schlummerte. Die Waffe entlud sich und das Geschoß drang in den Kopf des Mädchens. Der Tod trat sofort ein.

**Kiel.** Zum Kampf um die freie Volkskirche fordern Kieler Genossen, unter ihnen Hackelberg, Prof. Rade-bruch und Luise Schröder erneut auf, sich an den Kirchenwahlen zu beteiligen, soweit die Genossen und Genossinnen noch der Landeskirche angehören. Das vom bisherigen Konsistorium für die Wahl festgesetzte äußerst reaktionäre und alle freiheitliche Bewegung in der Kirche hemmende Wahlrecht zwingt, von einer eigenen Liste Abstand zu nehmen, um eine Zersplitterung aller freiheitlichen Kräfte zu vermeiden. Letztere müßte notwendig einen Sieg der Orthodoxie herbeiführen. In Schleswig-Holstein und Lauenburg bestehen 22 Wahlkreise. Die Wahl erfolgt in der Weise, daß für Wahlkreise mit weniger als 30 000 Gemeindeangehörigen 2 Abgeordnete, von 30—50 000 3 Abgeordnete, 150 000 bis 200 000 6 Abgeordnnete und über 200 000 7 Abgeordnete zu wählen sind. Unter den von jedem Wahlkreis zu wählenden Abgeordnetenkandidaten muß sich stets ein Geistlicher und ein Weltlicher befinden. Letzterer muß einer kirchlichen Körperschaft der Landeskirche angehören oder angehört haben. Die übrigen Abgeordneten sind frei wählbar. Für jeden Abgeordneten muß ein Stellvertreter mit der entsprechenden Eigenschaft gewählt werden. Wahlberechtigt sind alle Kirchenmitglieder, die am 25. September 21 Jahre alt sind, Mann und Frau, wenn ihnen nicht das Wahlrecht ausdrücklich entzogen ist auf Grund gesetzlicher Bestimmungen. Jeder, der sein Wahlrecht ausüben will, ist verpflichtet, sich zur **Wählerliste mündlich oder schriftlich bis zum 31. Juli anzumelden.** Die Anmeldung muß enthalten Vor- und Zunamen, Geburtstag, Wohnung, Stand oder Gewerbe und Zugehörigkeit zur Kirchengemeinde. Jede Anmeldung muß persönlich unterschrieben sein. Vordrucke werden ausgegeben.

**Eckernförde.** Zum Landrat vorgeschlagen. Genosse Adler, bisher kommissarischer Landrat, wurde vom Kreistag zum Landrat vorgeschlagen. Von 23 Stimmzetteln wurden 12 für ihn abgegeben, 11 waren weiß. Wenn man bedenkt, mit welchen Schwierigkeiten Genosse Adler von Anfang an zu kämpfen hatte, so kann dies Ergebnis als ein glänzendes Zeugnis für seine Tätigkeit angesehen werden, denn auch die 11 weißen Zettel sind nicht gegen ihn gerichtet.

**Lüneburg.** Kraftwagenlinien durch die Lüneburger Heide. Der Anfang zu einer Personenpostverbindung durch die Heide wurde im Juli v. J. mit der Eröffnung der Kraftwagen-Linie Harburg-Hanstedt über Hittfeld, Jesteburg gemacht, der sich im November eine Abzweigung über Maschen-Horst-Ramelsloh hinzugesellte. Neuerdings sind zu diesen Linien noch die Strecken Harburg-Dibbersen über Tötensen-Nenndorf und Hanstedt-Sahrendorf-Egestorf hinzugekommen. Leider ist es der schlechten Wegeverhältnisse halber nicht möglich gewesen, die letzte Linie näher an den Naturschutzpark bei Wilsede heran zuführen. Auf allen diesen Linien wird der Verkehr mit großen, achtzehn Personen fassenden Kraftwagen durchgeführt. Der Fahrpreis beträgt für die 2-Kilometer-Teilstrecke 1.20 Mk., für die 3-Kilometer-Teilstrecke 1.80 Mk. — Wenn erst die Autojagerei in der Heide losgeht, ist es auch bald mit der idyllischen Herrlichkeit vorbei.

**Stade.** Ein Brautpaar im Gewittersturm ertrunken. Das Dienstag niedergehende Gewitter setzte mit einem orkanartigen Sturm ein, der auf der Elbe zwei Menschenleben vernichtet hat. Gegenüber Brunshausen kenterte auf der holsteinischen Seite ein Segelboot, in dem sich drei Personen, unter ihnen ein Brautpaar aus Blankenese, befanden. Während es einem in der Nähe des Unfallortes liegenden Bagger gelang, die dritte Person zu retten, ist das Brautpaar in den vom Sturm aufgewühlten Wellen ertrunken.

# Gewerkschaften.

**Landarbeiterstreik in Sachsen.** In vielen Orten der Amtshauptmannschaft Leipzig sind die landwirtschaftlichen Arbeiter infolge Ablehnung an Lohn- und Deputatsforderungen in den Ausstand getreten.

# Zum Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes.

Von Alfr. Dreger, Lübeck.

In dem die Oeffentlichkeit zurzeit außerordentlich stark beschäftigendem Problem der Arbeitslosigkeit spielt zur Beurteilung dieses Problems die Arbeitsvermittlung eine wesentliche Rolle. Alle interessierten Kreise, sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer nehmen denn auch zu dem Entwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes Stellung. Der Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Lübeck wurde schon im September v. J. zu einer gutachtlichen Aeußerung über den damaligen Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes aufgefordert. Inzwischen ist ein neuer Entwurf der Oeffentlichkeit übergeben, der sich im wesentlichen anlehnt an den im vorigen Jahre uns zur Begutachtung übermittelten.

Die Handelskammer zu Lübeck nimmt in ihren Mitteilungen vom 16. Juli zu dem neuesten Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes Stellung, woraus ersichtlich ist, daß das Arbeitsamt die Handelskammer aufgefordert hat, sich gutachtlich zu dem Entwurf zu äußern.

Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß das Arbeitsamt auch für die Zukunft nicht nur Informationen von den Organisationen der Arbeitgeber einholt, sondern auch die Vertretungen der Arbeiterschaft über ihre Stellungnahme zu derartigen neuen Gesetzentwürfen auffordert. Mit dem vorliegenden Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes kommen wir einen wesentlichen Schritt vorwärts in einer Frage, die die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer schon seit ihrem Bestehen reichsgesetzlich geregelt sehen wollten. Die Erwartungen, die allerdings an diese gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung gestellt werden, werden enttäuschen, soange nicht der Zwang der Arbeitsvermittlung dergesetzlich festgelegt ist. Auch der neue Entwurf sieht diesen Zwang nicht vor, sondern begnügt sich mit einer fakultativen, d. h. dem eigenen Ermessen überlassenen Meldepflicht aller freigewordenen resp. zu besetzenden Arbeitsstellen. Daß eine Arbeitgeberorganisation wie die Handelskammer Lübeck einen derartigen Benutzungszwang nicht wünscht, ist uns vom Standpunkt des Arbeitgebers aus verständlich. Vom Standpunkt des Arbeitnehmers aus muß man, sollen die Auswirkungen einer staatlich geregelten Arbeitsvermittlung Erfolg versprechen, den Benutzungszwang als wünschenswert bezeichnen. Das mag zurzeit mit gewissen Schwierigkeiten, die auch wir nicht verkennen, verbunden sein. Doch sind nach unserer Auffassung diese dazu da, um überwunden zu werden. Daß sich die Handelskammer gegen die Bestimmung des § 11 Satz 3 wendet, nach der es jedem Mitglied des bei dem Arbeitsnachweis zu bildenden Verwaltungsausschuß gestattet sein soll, während der Geschäftsstunden in den Diensträumen des Arbeitsnachweises anwesend zu sein, mutet uns sonderbar an. Wie man durch die Anwesenheit des Ausschußmitgliedes eine Möglichkeit als vorliegend sieht, daß politische und soziale Gegensätze in die Geschäftsräume der Arbeitsvermittlung hineingetragen werden könnten, ist nach unserer Meinung eine Auffassung, die durch nichts gerechtfertigt ist. Für uns sind die beiden letzten Sätze des § 11 eine glatte Selbstverständlichkeit. Denn, wenn ein Mitglied des Verwaltungsausschusses seine Tätigkeit richtig ausüben will und soll, muß er unbedingt Einsicht in die Bücher, Akten und sonstige Urkunden haben. Wir teilen den Standpunkt der Handelskammer in der Beurteilung, daß der Charakter des Arbeitsnachweises als Selbstverwaltungskörper stärker zum Ausdruck kommen muß und lehnen den § 8, der der Errichtungsgemeinde das Recht gibt, den Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses und seine Stellvertreter zu bestellen, ab. Als gegebene Instanz für die Wahl des Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses betrachten auch wir die Mitglieder des Ausschusses selbst. Das gleiche trifft auch für den § 21 in Verbindung mit dem § 65 zu. Auch hier müssen die Vorsitzenden nach unserer Auffassung, die sich mit der der Handelskammer deckt, von den Mitgliedern der Ausschüsse beim Landes- und Reichsarbeitsnachweis gewählt werden. Um „den richtigen Mann an die richtige Stelle" zu bekommen, verlangt dann die Handelskammer in ihrem Gutachten eine Erweiterung des § 41 des Gesetzentwurfes dahingehend, daß beim Vorhandensein mehrerer gleichgeeigneter Arbeitskräfte, diese dem Arbeitgeber vorgestellt werden müßten und begründet diesen Standpunkt damit, daß erst durch ein persönliches Inverbindungtreten des Arbeitsuchenden mit dem Arbeitvergebenden eine Gewähr dafür leistet, daß der richtige Mann an die richtige Stelle kommt. Damit würde nach unserer Auffassung erst recht eine geordnete Arbeitsvermittlung, die die berufliche und körperliche Eignung, sowie die persönlichen und Familienverhältnisse des Bewerbers berücksichtigende Arbeitsvermittlung in Frage gestellt sein und der Willkür der Unternehmer Tür und Tor geöffnet sein.

In dieser Forderung der Handelskammer kommt so recht die Abneigung gegen den öffentlich-rechtlichen Arbeitsnachweis in sich zum Ausdruck. Auf die anderen Uebelstände, die in der Vorführung mehrerer Personen besteht, brauchen wir in diesem Zusammenhang nicht näher hinzuweisen, sie sind jedem Arbeiter zur Genüge bekannt.

Die Handelskammer spricht sich dann in längeren Ausführungen gegen ein Aufgehen der paritätischen Nachweise in den öffentlich-rechtlichen Arbeitsnachweis aus, weil 1. kein öffentliches Interesse, 2. ein sachliches Bedürfnis nicht vorhanden sei und 3. die Kosten ihr derartige Sorgen machen, daß sie sich unbedingt für Aufrechterhaltung der paritätischen Arbeitsnachweise aussprechen muß. Sie verkennt dabei unseres Erachtens vollständig, daß damit auch gleichzeitig das Todesurteil für den öffentlichen Arbeitsnachweis ausgesprochen ist und berücksichtigt weiterhin nicht, daß damit auch die weitere Tätigkeit des Arbeitsnachweises auf dem Gebiet der Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung, auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung der Erwerbsbeschränkten und Wandererfürsorge so gut wie keine Arbeit geleistet werden kann. Diese großen Aufgaben, die nur von einer straff zentralisierten Stelle aus wirkungsvoll im Interesse der Regelung des Arbeitsmarktes ausgeführte werden können, bedingen als Grundlage die straffste Zentralisation.

Wir stimmen für die Uebergangszeit der Handelskammer zu, indem sie die paritätischen Arbeitsnachweise für die Seeschiffahrt einer sorgfältigen Beobachtung und eines vorsichtigen Eingriffes ausgesetzt sehen will. Hier muß eben die Praxis den richtigen Weg für die Zukunft zeigen.

Vom Standpunkt der Arbeitnehmer wäre noch so manches zu dem vorliegenden Gesetzentwurf zu sagen, und so mancher Paragraph fordert geradezu die Kritik heraus. So vor allen Dingen die Paragraphen, die die private gewerbsmäßige Stellenvermittlung und deren Abbau betreffen. Mit Recht wird in der Begründung zu dem Entwurf betont, daß für die gewerbsmäßige Stellenvermittlung in dieser Organisation des öffentlich rechtlichen Arbeitsnachweises, die sich ausschließlich von sozialem und volkswirtschaftlichem Standpunkt leiten läßt, kein Raum sei. Um so unverständlicher erscheint es uns, daß erst bis zum 31. Dezember 1930 die gewerbsmäßige Stellenvermittlung nach dem vorliegenden Gesetzentwurf vollständig beseitigt sein soll.

Wenn auch unsere Wünsche inbezug auf Benützungszwang des öffentlichen Arbeitsnachweises im Gesetzentwurf nicht erfüllt sind, so hoffen wir doch, daß durch die Einführung der Meldepflicht, die, wie schon gesagt, für offene Stellen fakultativ im Gesetz vorgesehen ist, alle Betriebsräte und sonstigen Vertrauenspersonen der Arbeitnehmer ihre Aufgabe darin erblicken, bei Vereinbarungen über Einstellungen, die sie mit ihren Arbeitgebern treffen, diese Meldepflicht aufgenommen werden. Dadurch würde dem Mangel einer obligatorischen Meldepflicht wesentlich abgeholfen sein. Der öffentlich-paritätisch verwaltete Arbeitsnachweis muß eins der wirksamsten Mittel im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit sein und der Erstarkung der wirtschaftlichen Kraft des deutschen Volkes dienen.

Mit der Erkenntnis dieser großen Aufgabe muß auch das mehr oder weniger vorhandene Mißtrauen und die Abneigung schwinden. Auch das Unternehmertum muß sich damit abfinden, daß mit dem Betreten der Wege zur Betriebsdemokratie ihnen ein Stück nach dem andern an Selbstbestimmung genommen wird. Mit dem Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes sind wir einen großen Schritt der Betriebsdemokratie und damit der Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Produktionsprozeß näher gekommen. Auf diesem Wege weiter zu gehen, ist unsere Pflicht als Arbeitnehmer. Der vorliegende Entwurf des Arbeitsnachweises ist ein Abschnitt aus dem großen Gebiet des neuen Arbeiterrechts. Hoffen wir, daß verständnisvolles Zusammenarbeiten von Arbeitnehmern und Arbeitgebern im Interesse der Volkswirtschaft das Gesetz über den Arbeitsnachweis trotz aller vorhandenen Mängel segensreich wirken wird. Wir werden, unbekümmert um unsere Bemühungen, das Gesetz in unserem Sinne zu gestalten, unsere Mitarbeit im Interesse der Gesamtheit nicht versagen.

# Aus aller Welt.

**Die Elbschiffahrt in Dresden eingestellt.** Infolge des niedrigen Wasserstandes der Elbe ist, wie uns aus Dresden gemeldet wird, die gesamte Frachtschiffahrt auf der Elbe eingestellt worden. Ob der Personenverkehr aufrechterhalten werden kann, steht noch nicht fest.

**Großfeuer in Bitterfeld.** In der Rübensaftfabrik von Haensch & Co. in Sandersdorf brach ein Großfeuer aus. Selbstentzündung soll die Ursache des Brandes sein, durch den die Fabrik zum größten Teil eingeäschert wurde. Der Schaden ist sehr groß.

**Zugzusammenstoß.** Donnerstag stießen auf der Strecke Brüssel—Termonde bei Operyk zwei Züge zusammen. 27 Personen wurden verwundet, davon 5 schwer.

**Ermordung eines Tischlermeisters.** Der Tischlermeister Lampe in Lastrup (Oldenburg) hatte mit seinem Gesellen Streit bekommen, der so scharfe Formen annahm, daß der Geselle den Meister erwürgte. Dann legte der Mörder der Leiche einen Strick um den Hals, schleifte sie zum Kirchhof und hing sie dort auf, um den Eindruck zu erwecken, daß es sich um einen Selbstmord handle.

**Was alles verschoben wird,** davon kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man die Mitteilung des Badischen Landespreisamtes über seine Tätigkeit liest. Durch seine Eisenbahnüberwachungs- und Fahndungsbeamten ließ das genannte Amt in einem Monat folgende Gegenstände beschlagnahmen: 2 Wagen Papierholz, 1 Wagen Brennholz, 20 000 Kilogramm Mehl, 1500 Kg. Getreide, 750 Liter Milch, 60 Kg. Butter, 3100 Kg. Käse, 40 Kg. Zucker, 15 000 Stück Zigarren, 900 Stück Backwaren, 290 Stück Barometer, ein Sparkassenbuch über 6000 Mk., an barem Geld 307 000 Mk., an Schmucksachen 5000 Mk. Wert, Musikinstrumente für 200 000 Mk., Salvarsan — wie begehrt muß dies Mittel doch sein! — und sonstige Arzneimittel für 80 000 Mk. Da die Beamten schwerlich mehr als ein Zehntel, vielleicht noch weniger des heimlichen Schiebergutes zu fassen bekommen haben, mag man berechnen, was in Wirklichkeit alles verschoben wird.

**Aufdeckung eines großen Silberschmuggels.** Die Berliner Kriminalpolizei beschlagnahmte am Bahnhof Zoo bei drei verdächtig erscheinenden Personen eine große Menge Silbergeld, welches diese bei sich trugen. Die Gesamtsumme beträgt zirka 200 000 Mk.

**Folgen der Hitze.** In Steiermark hat ein Bauer namens Schweinsberger erklärt, daß er der neue Messias sei und sich am 28. August in dem Wallfahrtsort Maria-Zell die erste Krone der fünf gestürzten Monarchen aufs Haupt setzen und vier andere Herrscher neu krönen werde. Das merkwürdigste ist, daß der neue Prophet sehr großen Zulauf findet, und daß die Gläubigen willig den von ihm eingeforderten Zehnt in Naturalien überbringen.

**50 Personen beim Baden in der Donau ertrunken.** Aus Budapest wird gemeldet: Am Mittwoch wurden in der Umgegend von Budapest 50 Leichen aus der Donau gefischt. Es handelt sich um Leute, welche in der Donau gebadet und dabei ertrunken waren.

**Neuentdeckte Höhlen.** Wie das „Alpenland" meldet, wurde in einem nördlich von Wörgl gelegenen Gebirgszuge ein etwa bis 600 Meter in die Tiefe führendes Entwicklungsnetz von Höhlen entdeckt. Die Befahrung eines der fünf Einsteigschachte führte dieser Tage zur Entdeckung eines großen Eisdomes mit einem Eissee. Die Forschungen werden fortgesetzt.

OK. **Das Sowjet-Wort.** In einem Moskauer Theater, — dies kleine Sittenbild aus Sowjet-Rußland finden wir im „Journal des Debats" — gehen während des Zwischenaktes mehrere Polizisten herum und fordern von den Zuschauern ihre Papiere. In der 10. Reihe ist ein Provinzpriester, der keine Papiere hat, vor Angst mehr tot als lebendig und verfolgt mit ängstlicher Spannung das Näherkommen der Sowjet-Beamten, die bereits mehrere Personen verhaftet haben. Nun sind sie eine Reihe vorher und wenden sich an eine Dame mit der Frage: „Ihre Papiere!" Und die Dame antwortet nur das eine Wort: „Sodkom!" Ohne weiter zu fragen, gehen sie fort und wenden sich an eine andere Dame, die wiederum nur das geheimnisvolle Zauberwort ausspricht „Sodkom", um völlig in Ruhe gelassen zu werden. Da der Priester die Wunderwirkung dieser Formel erkennt, so antwortet er ebenfalls mit „Sodkom". Die Sowjet-Beamten aber sehen ihn erstaunt an und — verhaften ihn. Erst einige Tage nach seiner Verhaftung erfuhr der arme Mann die Bedeutung dieses mächtigen Sowjet-Wortes, das nicht mehr und nicht weniger heißt als „Geliebte eines Kommissars".

# Sport.

Folgende Spiele finden am kommenden Sonntag auf der Falkenwiese statt: Morgens Schülerspiele. 9 Uhr: Schwartau II — Marli II. 10 Uhr: Schwartau I — Marli I. Nachmittags 1 Uhr: Vormärts III — Marli III. ½3 Uhr: Boizenburg I — Marli I. 4 Uhr: A.T.V. III — Marli III.

# Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

**Wie landwirtschaftliche Arbeitskräfte behandelt werden.**

Der Domänenpächter Walter Lauenstein zu Hof Schönböcken hat sehr häufig Differenzen mit seinen Leuten. Auch jetzt wieder mit einer armen Arbeiterfrau, deren Mann wegen Trunksucht entmündigt ist. Nun sitzt die arme Frau da, gänzlich dem Willen Lauensteins preisgegeben. Diesem Herrn scheint jedes menschliche Empfinden zu fehlen. Die Frau hat sich erboten, die Arbeit zu leisten und die Schulden wöchentlich abzutragen. Aber Herr Lauenstein will es einfach nicht. Es ist ja nur eine arme Arbeiterfrau, mit der kann er machen was er will. Ob Herr Lauenstein eine Ahnung davon hat, wie es einem armen Teufel zumute ist? K. Fick, Kreisleiter des D. L. V., Kreis Lübeck.

# Briefkasten.

**L. Kücknitz.** Ihre Anfrage über Steuerleistungen wird in den nächsten Tagen durch einen Leitartikel erläutert werden.

# Aenderung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn

**auf Grund des Gesetzes über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn vom 11. Juli 1921.**

Das neue Reichsgesetz vom 11. Juli 1921 über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn sieht im § 46, Absatz 2, Nr. 3, eine weitere Ermäßigung des von dem Arbeitslohn des Arbeitnehmers einzubehaltenden Betrages von 10 v. H. — unter Wegfall der Unterscheidung zwischen ständigen und unständigen Arbeitnehmern — zur Abgeltung der nach § 13 E. St. G. zulässigen Abzüge vor, und zwar

a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Stunden: um 0,15 Mk. für je zwei angefangene oder volle Stunden,
b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Tagen: um 0,60 Mk. täglich,
c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Wochen: um 3,60 Mk. wöchentlich,
d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Monaten: um 15,00 Mk. monatlich.

Diese Ermäßigung tritt bei jeder Lohnzahlung ein, die nach dem 31. Juli 1921 erfolgt; in denjenigen Fällen, in denen Abzüge im Sinne des § 13 nicht schon beim Steuerabzug in der Zeit vom 1. April bis 31. Juli 1921 berücksichtigt sind, erhöhen sich zum Ausgleich dieser Abzüge die im § 46, Absatz 2, Nr. 3, vorgesehenen Ermäßigungen für den in der Zeit vom 1. August bis 31. Oktober 1921 gezahlten und bis zum 31. Oktober 1921 fällig gewordenen Arbeitslohn

a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Stunden: auf 0,40 Mk. für je zwei angefangene oder volle Stunden,
b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Tagen: auf 1,40 Mk. täglich,
c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Wochen: auf 8,40 Mk. wöchentlich,
d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Monaten: auf 35.— Mk. monatlich.

Dagegen sind vom 1. August 1921 nicht mehr vom Arbeitslohn abzusetzen:

a) die Beiträge zur Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten-, Invaliden- und Erwerbslosenversicherungs-, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen, sowie Beiträge zu öffentlich-rechtlichen Berufs- und Wirtschaftsvertretungen, soweit sie vom Arbeitgeber entrichtet und zu Lasten des Arbeitnehmers verrechnet werden,
b) sonstige Abzüge nach § 13 E. St.G., insbesondere für Werbungskosten. In den Fällen jedoch, in denen Arbeitnehmer von dem Finanzamt eine Bescheinigung darüber erhalten haben, daß beim Steuerabzug höhere Abzüge als 1800 Mk. jährlich zu berücksichtigen sind, treten diese höheren Abzüge an Stelle der vorstehend genannten Beträge.

Nach Ziffer 2 des Erlasses vom 25. August 1920 — III 22 205 — (Bekanntmachung vom 1. September 1920, Zentralblatt für das Deutsche Reich 1920, S. 1408) blieben von dem Steuerabzug bis auf weiteres frei besondere Entlohnungen, die über die für den Betrieb regelmäßige Zeit hinaus geleistet wurden. Durch Erlaß des Herrn Reichsministers der Finanzen vom 12. Juli 1921 — III 19 246 — wird der vorbezeichnete Erlaß **vom 1. August 1921 ab aufgehoben**; von diesem Zeitpunkt ab unterliegen **auch** die aus der Leistung von Ueberstunden, Ueberschichten, Sonntagsarbeit und sonstiger über die regelmäßige Arbeitszeit hinausgehenden Arbeitsleistungen erzielten Löhne usw. dem Steuerabzug.

Lübeck, den 26. Juli 1921. (4604

**Das Finanzamt.**

# II. Nachtrag zur städtischen Abfuhrordnung

**vom 1. April 1919.**

1. Der § 3 erhält im Absatz 1 folgenden Zusatz:
„In besonders begründeten Fällen kann auf Grund eines schriftlich gestellten Antrages vom Polizeiamt gestattet werden, daß die Abfuhr auch am **Donnerstag** vorgenommen wird."
2. Der § 4 Ziffer a erhält folgende Fassung:
„Wenn es vom Hausbewohner an den Wagen gebracht oder **unmittelbar am Eingang** des Grundstücks bereitgestellt wird."
3. Der § 5 erhält im Absatz 3 folgende Fassung:
„**Drei Stunden** nach Beginn der Abfuhrzeit müssen die Wagen die innere Stadt verlassen und eine Stunde darauf nach beendeter Abfuhr die Abladestelle erreicht haben."

Lübeck, den 20. Juli 1921. (4614

**Das Polizeiamt.**


**Zentralverband der Angestellten.**

Am 26. Juli starb unser langjähriges Mitglied (4643

**Wilhelm Schoof.**

Ehre seinem Andenken.

Beerdigung am Sonnabend, dem 30. Juli, nachm. 4 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof.

**Der Vorstand.**

**Lehrling**
für Werkstatt gesucht
4632) **Herm. Krohne.**
Fahrz. u. Nähm. G. m. b. H.
Bad Schwartau, Eutiner St. 1

Kommode, Tisch, Küchenschr Flurgardr. u. Stühle z. verk. 4596) **Kl. Gröpelgr. 5.**

Z. verk. 1 P. br. Schnürsch., fast neu (4599) Hundestr. 87 I.

H.-Fahrräder u. 1 Posten Mäntel u. Schläuche billig 4626) Werner, Schwönkenquerstr. 4

Anz.-Stief.-W.-Val. (1—3 Uhr). Mühlenbrücke 1 I. (4617

**2 gl. Bettstellen, Kommoden** zu verkaufen. 4619) Näh. Johannisstr. 64.

**Grünkohl- und Rote-Beete-Pflanzen** zu verkaufen. (4602 Sadowastraße 31.

1 Paar Mil.-Schaft- und 1 Paar Mil.-Schnürst., 26½, Arbeitsschnürsch., 27 u. 28½, Frauen-Arbeitsstief., 39, div. Lederpantoff. billig. Abends 5 Uhr. (4611) Näh. i. d. Exp.

Bill. 9 gr. Kaninch. u. 4 Ställe 4629) Wakentzmauer 164/4.

**Gute Milchziege** zu verk. 4601) Luisenstr. 18 I, r.

4628) **Mehr. Zugänger** z. verk. Beier, Vorwerk, Bogenstr. 5a

**Pa. Ferkel u. Zugänger** zu verkaufen. (4642 **Krempelsdorfer Allee 80.**

Ferkel und Zugänger billig zu verkaufen.
4624) **J. Klüwer,** Schwartauer Allee 133.

Ein einf. Klappsportwagen zu kaufen ges. Angeb. unt. B. W. a. d. Exped. d. Bl. (4612


# Der Streik im gesamten Friseurgewerbe!

Besucht unsere fliegenden Rasierstuben, wo gleichzeitig Gelegenheit zum Damenfrisieren geboten ist. Auf Wunsch: Frisieren im Hause ohne Aufschlag.

**Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.**
**Zentralhallen, Dankwartsgrube.**
**Waisenhof, Fackenburger Allee.**
**Rest. Brüggemann, Schwartauer Allee 14a.**
**Rest. Dreisow, Fischergrube 24.**
**Rest. Martinssen, Lindenstr. 13, Ecke Nebenhofstr.**
**Gesellschaftshaus Marli, Marlistr.**

Geschäfte, die bis jetzt noch Streikbrecher beschäftigen, sind folgende:

a) Herrenfriseure:

**Henry Müller, Johannisstr.**
**Wilhelm Bohnhoff, Mühlenbrücke.**
**Wilhelm Höppner, Hauptbahnhof.**
**Emil Augustin, Schüsselbuden.**
**Herm. Bülow, Markt.**
**R. Frahm, Königstr.**
**F. Steffen, Lange Reihe.**

b) Damenfriseusen:

**Kostbahn, Sandstr.**
**Oehsenfeld, Markt.**
**Benthien, Beckergrube.**
**Ewers, Königstr.**
**Roth, Mühlenstr.**
**Krüger, Klingenberg.**
**Beyer, Sandstr.**

Diese Geschäfte müssen vor allen Dingen gemieden werden.

**Die Streikleitung.**
J. A. Herm. Koop.

a 4615


**LODEN MÄNTEL**
**für Damen und Herren**
Ia. Qualität.

**Gummimäntel 325.— 335.— M.**
in großer Auswahl.
**Sportanzüge ✶ Kostüme**
**495.— 775.— M. 440.— 590.— M.**
**Reiche Auswahl in Sportstutzen.**
Sport-Haus **GASSMANN** **Rucksäcke. Aluminium-Geschirre.**
**Mühlenstraße 34.** (4605

**Durch günstigen Einkauf**
kann ich meine Waren billig abgeben:

| | | |
|---|---|---|
| Ia. Schinken | Pfd. | 16.00 |
| Ia. Rollschinken | „ | 16.00 |
| Ia. Karb.-Speck | „ | 14.00 |
| Ia. Bauchspeck | „ | 12.50 |
| Ia. Bauchspeck | „ | 11.50 |
| Ia. Rauchwurst | „ | 18.00 |
| Ia. „ feine | „ | 19.00 |

Aepfel, Birnen, Gurken, Tomaten zu billigen Preisen.
Händler haben bei mir großen Preis-Nachlaß.
**Markthalle, Stand unter der Uhr.** 4620

**Käse:** alt, pikant, Pfd. 6.—, 8.—, 10.—
Hansa . . Pfd. 7.—
Tilsiter Pfd. 9.—, 12.—
Dänischer . Pfd. 10.—
Speck, geselzen . „ 11.—
„ geräuch. mag. „ 14.—
„ Karbonnaden- „ 14.—
Schinken . . . „ 16.—
am. Schinken i. gänz. „ 11.50
„ im Ausschn. „ 14.—
Schmalz, dänisches „ 12.—
„ i. 4-Pf.-Dos. Dose 40.—
Bratenschmalz . Pfd. 9.50
Prima frischen Talg „ 8.50
**Janssen.** Beckergrube 7.
4613

**Gulasch in Dosen**
garant. reines Rindfleisch
**2-Pfd.-Dose 10.00 mk.**
**P. Reiher,** Lg. Lohberg 54 4635

Gelegenheitskäufe von
**Taschenuhren**
unter Garantie.
Reparaturen billigst.
**Matern,** Uhrmacher.
4625) **Beckergrube 26.**

**J. H. Pein**
Am Markt 12.
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für erstklassige Manufakturwaren • Spezialhaus für Betten, Bettfedern und Daunen • Herren- u. Knaben-Garderoben Arbeiter- und Berufskleidung. 4586

**Täglich** 4633
**frisch geräucherten**
**Aal.**
**Paul Lohrmann**
**Lübeck, Hundestr. 95.**

**Karl Lahrtz,** Böttcherstr. 16. (4644
Pa. Beefsteak, Rollfl. 13.—
„ fettes Hammelfl. 12.—
„ fett. fr. Schweinefl. 14.—
Geräuch. Speck Pfd. 13.—
**Fr. Gebauer 10.**

**Achtung, Arbeiter!**
**Sehr gute Arbeitshosen, Westen, Jacken, Hemden und Anzüge** empfiehlt
4609) **Peter,**
Glockengießerstraße 31.

**Möbel** 4588
Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Küchen.
**Boldts Möbellager**
Fischergrube 27.

**Oel-Farben Lackfarben Pinsel** 4603
**Ferd. Kayser.**

**Spez. Verlobungsringe**

333, 585, 750 und 900 gest.
**Silberwaren, Schmucksachen.**
**Willi Westfehling,**
32 Hollenstraße 32
Uhren- und Goldwaren-Reparatur-Werkstatt. (4585

**Mein Saison-Ausverkauf**
hat heute begonnen.
Die Preise sind enorm billig, deshalb versäumen Sie die günstige Gelegenheit nicht.
**Johannes Holst** 4631
Markt 6. Lübeck. Kohlmarkt 6.

Bei **Schuh-Buchholtz**
Schwartauer Allee 4 Gr. Burgstr. 36
finden Sie gute und preiswerte
**Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel.**
Bitte meine Fensterpreise zu beachten.
**Schuhbesohlung und Reparatur**
sofort, sauber, billig. (4606

4589

NEU! NEU!
**Das neue Lohnsteuergesetz**
(Einkommensteuer vom Arbeitslohn)
Dargestellt und erläutert von Wilhelm Kell.
**Preis Mk. 2.50.**
Muß jeder Lohnsteuerpflichtige noch vor dem 1. Aug gelesen haben.
Bestellungen sofort an die
**Buchhandlung des Lübecker Volksboten.**

**Stadttheater Lübeck.**
**Theatergesangverein.**
Für den Theatergesangverein werden noch 2 Sopranistinen, 1 Altistin und 2 Tenöre gesucht. Stimmlich begabte und genügend musikalische Damen und Herren werden gebeten, sich in der Theaterkanzlei (Eingang Fischergr.) zu melden.
4597 **Die Direktion des Theaters.**

**Haltbare Hosenträger**
**Herrenwäsche**
**Krawatten** 4584
in großer Auswahl.
**Papier-Wäsche**
(Mey & Edlich) zu Fabrikpreis.
**Aug. Janensch**
**Sandstraße 6.**

**Auszug aus den wichtigsten Steuergesetzen**
in Plakatform, zweifarbig gedruckt, nach dem Stande vom 1. April 1921,
**Preis Mk. 8.00.**
Zu haben bei
**Friedr. Meyer & Co.,**
Johannisstr. 46.

Sonnabend frische
**Nordseefische, Schellfisch, Kabeljau, Fischkarbonade. Goldbutt, lebd. Aale und Hechte. Joh. Boy,**
Markthallenstand 46/47.
4638) Fernruf 8375.

**Großer Umsatz und sehr geringe Unkosten**
erlauben es mir, meine Waren bedeutend billiger zu verkaufen.
**Ia. Schürzenstoff Mtr. 17.80**
**Kaufhaus Franz Wehrendt,**
4636) **Balauerfohr 35.**

**Heute frisches Roßfleisch!**

**Heinr. Dieckvoß**
Obertrave 12. Tel. 1664.
(4622)

**Neues Volksliederbuch**
**mit Anleitung zur Lautenbegleitung.**
**Preis Mk. 5.50.**
Buchhandlung
**Friedr. Meyer & Co.,**
Johannisstraße 46.

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

# SONNTAGSFAHRT

am 31. Juli 1921

mit Salonschnelldampfer „Grille"

**von Lübeck — Travemünde nach Timmendorfer Strand, Neustadt, Grömitz, Dahme**

**und zurück.**

| Hinfahrt | | | Rückfahrt |
|---|---|---|---|
| 8⁵⁰ v. | ab Lübeck | an | 9¹⁵ n. |
| 9⁴⁵ „ | an Travemünde | ab | 8⁰⁰ „ |
| 10²⁰ „ | ab do. | an | 7⁴⁰ „ |
| 11⁰⁵ „ | an Timmend. Strand | ab | 6⁵⁵ „ |
| 11²⁰ „ | ab do. do. | an | 6⁴⁰ „ |
| 12⁰⁵ „ | an Neustadt | ab | 5⁵⁵ „ |
| 12²⁰ „ | ab do. | an | 5⁴⁰ „ |
| 1¹⁵ „ | an Grömitz | ab | 4⁴⁵ „ |
| 1³⁰ „ | ab do. | an | 4³⁰ „ |
| 2¹⁵ „ | an Dahme | ab | 3⁴⁵ „ |

**Sonntags-Rückfahrkarten zu ermäßigten Preisen.**

Fahrkarten bei den Vertretungen:
in Lübeck: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.
Fremdenverkehrsverein, Mengstr. 4.
Verkehrsbureau Atlanta im Hause Rudolph Karstadt A. G.,
Vollert's Reisebureau
und an Bord (soweit noch Platz vorhanden.) (4652

## Nach Travemünde fährt D. „Amstel"

jeden **Dienstag, Mittwoch** und **Donnerstag** ab Drehbrücke 8½ Uhr. Jeden **Sonntag** 8 u. 1½ Uhr. Zurück 11 u. 7 Uhr. Fahrpreis Sonntags 2.50 Mk., Kinder die Hälfte. (4634)

## Zentralhallen

4637) **Morgen Sonnabend:**

**Gr. Tanzkränzchen.**

4616) **Wir sind billig!**

| | |
|---|---|
| **Damenstrickjacken** | **185.00 Mk.** |
| **do. Mäntel** | **78.00 Mk.** |
| **do. Röcke** | **25.00 Mk.** |
| **Reelle moderne Herrenkleidung.** | |
| **Manchesterhosen** | **125.00 Mk.** |
| **Pilothosen** | **58.00 Mk.** |
| **Herren-Anzüge** | **250.00 Mk.** |
| **Knaben-Anzüge** | **78.00 Mk.** |

**Herren-, Damen- u. Kinderstiefel** (braun und farbig) enorm billig.

**Ehlers & Reetwisch,** Ecke Hoffenstr. St. Petri 2-4.

Das bekannt reelle Einkaufshaus in Manufaktur-, Konfektion- u. Schuhwaren.

## Carl Köhn, Sportbank, Berlin.

Ein- und Auszahlungen für die Juli-Serie vom 28. Juli bis 4. August 1921.

**Marquardt,** Generalvertreter, Moislinger Allee 6 a, I.

**M. Merdks.** Breite Straße 56, Vertreter. (4600)

**Emil Koester.** Westhoffstraße 2, Vertreter.

**Nicht allein der Preis, sondern die Ware im Zusammenhang mit dem Preis, das ist meine Leistung.**

**Fettes Rindfleisch** Pfd. 5.50 M.

**Hack 8.-, Braten 6.50, Gulasch 9.-, Rollfleisch und Beefsteak 10.-**

**Fettes Hammelfleisch** Pfd. 8,00 M.

**O. Stöver, Bahnstr. 22, Tel. 2133.**

**Johann Müller's billige Fleischquelle,** Hüxstr. 83/85.

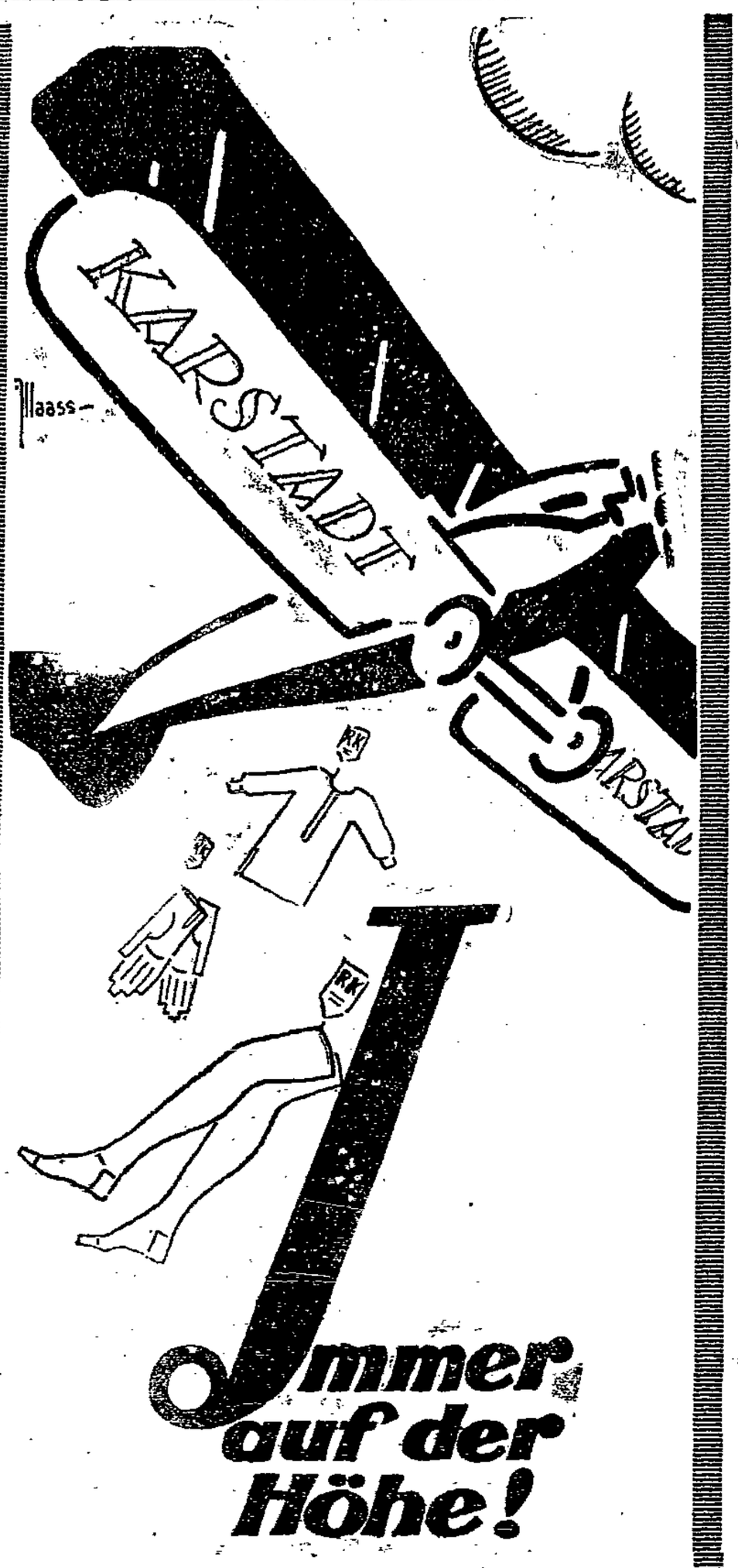
| | | | |
|---|---|---|---|
| Frisches Schweinefleisch | 16 M. | Gekochtes | 8 M. |
| Fettes Rindfleisch | 5 „ | Rollfleisch | 8 „ |
| Steinbeckfleisch | 10 „ | Hammelfleisch | 8 „ |
| Kochen (4620) | 1 „ | Gulasch | 8 „ |

**Kaufe**

**Schweine, Rinder, Kälber, Hammel.**

Fernsprecher 8844.

**Halbe Hasen! Hasen! Die Klingelfee ist da!**




**Ab morgen früh**

# 25000

**Paar Strümpfe, Handschuhe und Trikotagen**

**(Trotz steigender Preise)**

# fabelhaft billig bei KARSTADT

**Beachten Sie unser morgiges Inserat.**

# Deutsch. Metallarbeiterverband

**Verwaltungsstelle Lübeck.**

**30 jähriges**

# Stiftungsfest

**verbunden mit KONZERT und BALL**

am Sonntag, dem 31. Juli 1921

im „Gewerkschaftshaus".

**Preisschießen. Damen- und Kindervergnügen.**

Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.

Beginn des Schießens vormittags 11 Uhr.

Preis der Karte für Herren Mk. **3.—**, für Damen Mk. **2.—** (ausschließlich Steuer).

Um zahlreiches Erscheinen ersucht (4591

**Das Festkomitee.**

# Kolosseum Ball

**Jeden Mittwoch und Sonnabend Anfang 6 Uhr.**

**Heinrich Ohde.**

4587)

## Louisenlust.

**Morgen: Ballmusik.** (4607) Damen Eintritt frei.

# Hodermann

4641) **Morgen Sonnabend:**

**Großes Extra-Konzert.**

Kapellmeister **Loretto.**

Deutscher

## Transportarb.-Verb.

**Ortsverwaltung Lübeck.**

## Versammlung

der bei den

**Holzspediteuren beschäftigt. Arbeiter**

**am Sonnabend, dem 30. Juli**

abends 7½ Uhr

**im Gewerkschaftshaus.**

Tagesordnung:

**Stellungnahme zum Lohntarif.**

4621) **Die Ortsverwaltung.**

## Arbeiter-Gesangverein „Einigkeit" Schlutup.

**Sonntag, den 31. Juli 1921** findet unser

**Sommer-Fest**

statt. (4618

**Abmarsch 1½ Uhr zum Königsberg.**

Abends:

**BALL**

**im Lokale „Zur Post".**

Hierzu ladet freundl. ein

**Das Komitee.**

## „Zur Linde" Kronsforde.

Zu dem am **Sonntag, dem 31. Juli** stattfindenden

## Antrittsball

ladet freundlich ein

4610) **L. Maaßen.**

**Dampfziegelei Rotebek.**

**Am Sonnabend, 30. Juli**

Grosser

## Sommernachtsball

**in der Friedrich-Franz-Halle**

**Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.**

Hierzu laden freundl. ein

4640) **Die Ziegler.**

## Stadthallen-Lichtspiele.

**Vom 29. Juli bis 4. August 1921.**

## „Schloß Vogelöd"

Die Enthüllung eines Geheimnisses nach dem gleichnamigen Roman in der „Berliner Illustrierten" von Rudolph Stratz. (4595

## Menschen im Rausch.

Drama in 5 Akten.

## Herr Doktor Stellvertreter

Lustspiel in 3 Akten.

**Aufführungszeiten der Nachmittagsvorst. von 4-7 Uhr, der Abendvorst. von 7-10 Uhr.**

**Auf unser großes Orchester wird besonders hingewiesen.**

## Hansa-Theater

Heute Freitag:

8 Uhr. 8 Uhr.

Zum vorletzten Male:

**Wenn Männer schwindeln . . . !**

**Sonnabend:**

8 Uhr. 8 Uhr.

**Gastspiel von Annemarie Steinsieck Hugo Werner Kahle Dr. Heinz Schulbaur**

vom Deutschen Volkstheater in Wien in den Sketschen

**„Das Verbrechen in der Leichenkammer"**

und (4593

**„Der rote Strich"**

**Sonntag:**

**Schluß der Sommerspielzeit.**

**Wenn Männer schwindeln . . . !**

## Stadttheater Lübeck.

Anf. 7½, Freitag, 29. Juli:

**Gastspiel Frau Dorris Kent-Rothaug** (4598

vom Stadttheater Hamburg

**„Mignon".**

Anf. 7½, Sonntag, 31. Juli:

**Die Postmeisterin.**